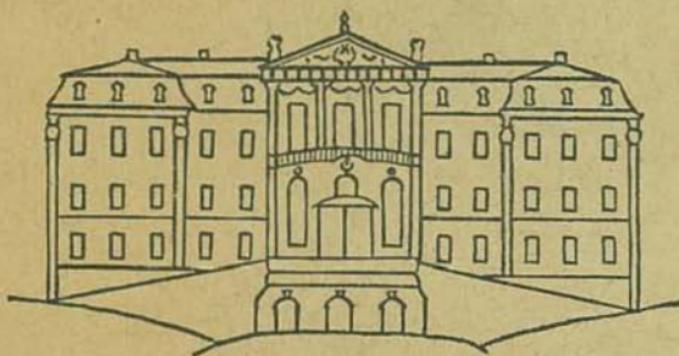


Hefte aus Burgscheidungen

Zur Politik der
Christlich-Demokratischen Union
1945 bis 1950

Von
Günter Wirth



24

C410

...gegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto
...Ruschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Christlich-Demokratische Union
Zentraler Schulungsstätte

C 410

Hefte aus Burgscheidungen

Zur Politik der
Christlich-Demokratischen Union
1945 bis 1950

Von
Günter Wirth

24

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto
Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Vorwort

Die vorliegende Arbeit stellt die erweiterte Fassung eines Aufsatzes dar, der für die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ geschrieben wurde.

Es handelt sich dabei um den ersten Versuch, die vom Präsidium des Hauptvorstandes unserer Partei gebilligten Thesen zur Geschichte der CDU zur Grundlage einer sich mit einem Spezialthema beschäftigenden historischen Untersuchung zu nehmen. Dabei wurde insbesondere Wert darauf gelegt, die in den Thesen herausgearbeiteten grundsätzlichen Erkenntnisse mit dem entsprechenden Quellenmaterial zu belegen.

Die Arbeit erhebt natürlich nicht Anspruch darauf, etwa eine „Geschichte der CDU von 1945 bis 1950“ darzustellen. Ein solches Ziel hatte der Verfasser nicht, und ein solches Ziel anzustreben, ist es wohl noch zu früh.

Die Schrift soll vielmehr zeigen, wie sich der Kampf der fortschrittlichen Kräfte in unserer Partei gegen die Reaktion vollzog, und sie soll darlegen, mit welchen Mitteln die reaktionären Kräfte die CDU zu einem Instrument ihres konterrevolutionären Kampfes machen wollten.

Im Blick auf den 10. Jahrestag der Gründung der DDR ist diese Arbeit von hohem aktuellem Interesse; sie will ein Beitrag zum ideologischen und politischen Kampf unserer Partei für den sozialistischen Aufbau und gegen den klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat sein.

Am 28. Januar 1950 beschloß der Politische Ausschuß der Christlich-Demokratischen Union eine bedeutsame Erklärung, in der er, ein Vierteljahr nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, präzise die Position beschrieb, die die christlichen Demokraten gegenüber dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern in der deutschen Geschichte einzunehmen haben. In dieser Erklärung wird gefordert, „daß der christliche Demokrat in der Deutschen Demokratischen Republik seine Republik erkennt, und daß er ihr freudiger Träger, ihr aufmerksamer Wächter und ihr entschlossener Verteidiger ist.“¹⁾

In dieser Erklärung heißt es weiter:

„Der christliche Demokrat verteidigt diese demokratische Ordnung (gemeint ist die gesellschaftliche Ordnung der DDR. G. W.) als ein Element der Sicherung des Friedens. Von dem Willen erfüllt, Deutschland mit friedlichen Mitteln zu befreien, steht er vorbehaltlos in dem Lager des Friedens und erblickt in der Freundschaft zu den Völkern der UdSSR und der Volksdemokratien die entscheidende Voraussetzung jeder deutschen Politik überhaupt.“²⁾

Wenn in dieser Erklärung schließlich eine klare Absage an die Adenauer-Politik und an die NATO, wenn in ihr ein klares Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze und zur aktiven Mitwirkung in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gefordert wird, so ist diese Erklärung der Christlich-Demokratischen Union vom 28. Januar 1950 in der Tat ein bedeutsames Dokument sowohl für den fortschrittlichen Weg der Christlich-Demokratischen Union als auch für den Prozeß der inneren Festigung der Deutschen Demokratischen Republik.

Betrachtet man den geschichtlichen Weg der Christlich-Demokratischen Union, so muß man freilich sagen, daß dieses Dokument das erste seiner Art (nach dem Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945) ist. In dieser Erklärung der CDU vom 28. Januar 1950 wird der Schlußstrich unter die vielfältigen Versuche gezogen, die Christlich-Demokratische Union zu einem Element der Restauration und damit zu einem Brückenkopf der militärischen Machtpolitik des Imperialismus gegenüber den Staaten des Sozialismus zu machen. Gleichzeitig zeigt diese Erklärung die Perspektive dafür, wie von den christlichen Demokraten die gesellschaftliche Verantwortung für die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung und einer Ordnung der sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen werden kann. Das in dieser Erklärung enthaltene klare Bekenntnis zur Deutschen Demokratischen Republik beseitigte im übrigen, und das war

¹⁾ Dokumente der CDU, Berlin 1956, Seite 46.

²⁾ a. a. O., Seite 47.

für die Phase der politischen Entwicklung 1949/50 von entscheidender Bedeutung, die Doppelzüngigkeit und Doppelbödigkeit der Politik zahlreicher einflußreicher Führer der CDU.

In der These XII zur Geschichte der CDU heißt es dazu:

„Nach der Gründung der DDR verstärkten die restaurativen Kräfte in Ost- und in Westdeutschland ihre Politik der Sabotage und der Störung des Friedens. In der DDR selbst traten sie jetzt unverhüllt denn je auf mit dem Ziele, die Liquidierung der demokratischen Errungenschaften einzuleiten. Diese Kräfte suchten vielfach in der CDU Zuflucht, so daß die Periode zwischen der Gründung der DDR und dem 5. Parteitag (im Jahre 1950. G. W.) von einem tiefgehenden innerparteilichen Kampf zwischen den fortschrittlichen und den restaurativen Kräften in unserer Partei beherrscht war, der mit dem Sieg der fortschrittlichen Kräfte endete.“³⁾

Um den Charakter dieses Kampfes und seine Bedeutung für die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik deutlich zu machen, erscheint es notwendig, einen Blick auf den Weg der CDU zwischen 1945 und 1949 zu werfen und dabei vor allem herauszuarbeiten, wie sich die CDU in der Phase der Gründung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates verhielt.

I.

Die Christlich-Demokratische Union wurde am 26. Juni 1945 gegründet. In dem Gründungsaufwurf der CDU heißt es:

„Deutsche Männer und Frauen! Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Ruf zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will... Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbauwillen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.“⁴⁾

Sieht man diesen Gründungsaufwurf der CDU im Zusammenhang mit der Erklärung der Einheitsfront der anti-

³⁾ a. a. O., Seite 14.

⁴⁾ a. a. O., Seite 22. — Daß die reaktionären Kräfte in der CDU freilich schon unmittelbar nach der Bildung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Störmanöver gegen dieses Instrument der „neuen Demokratie“ unternahmen, geht aus dem Protokoll der 3. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 19. Juli 1945 hervor. In seinem Bericht über die Bildung der Einheitsfront vor diesem Gründungsausschuß erklärte Dr. Hermes, daß die „Ausprache teilweise erregtere Formen“ angenommen hätte. Wesentlich sei, „daß eine Blockbildung vermieden wurde, die die Partei in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt hätte“. Insbesondere sei „das einseitige Bekenntnis zugunsten eines der Alliierten unterblieben“. (Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 161.)

faschistisch-demokratischen Parteien vom 12. August 1945, in der „der Weg der Demokratie, des Rechts und der Freiheit, des Friedens und der Achtung vor anderen Völkern“⁵⁾ gefordert wird, dann haben wir es in diesem Gründungsdokument der CDU mit einer Konzeption zu tun, die einen fortschrittlichen Charakter hat, die in die Zukunft einer „neuen Demokratie“ weist und damit sowohl die Konsequenzen aus der Weimarer Republik als auch aus der faschistischen Diktatur zieht.

In seinem Werk „Zur Geschichte der neuesten Zeit“ hat Walter Ulbricht zur Gründung der Christlich-Demokratischen Union (und der LDP) festgestellt:

„Viele Arbeiter kritisierten damals auch die von den Kommunisten vorgeschlagene Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien im antifaschistischen Block und sahen darin eine Fortsetzung der kompromittierten Koalitionspolitik der Weimarer Zeit. Aber jetzt gab es unter den bürgerlichen Parteien keine Deutschnationale Volkspartei oder Deutsche Volkspartei mehr, welche die wichtigsten Vertreter des Schwerindustrie- und Rüstungskapitals und die eigentlichen Einpeitscher des Faschismus gewesen waren. Die Christlich-Demokratische Union und die Liberal-Demokratische Partei vertraten zwar eine bürgerliche Grundkonzeption, aber die großkapitalistischen Kräfte konnten in diesen Parteien nicht mehr den entscheidenden Einfluß ausüben. Die Christlich-Demokratische Union knüpfte an die Zentrums-Partei der Weimarer Republik an und wandte sich an christliche Kreise. Die Liberal-Demokratische Partei betonte mehr den wirtschaftlichen Liberalismus und knüpfte an die Deutsche Staatspartei der Weimarer Republik an. Beide Parteien vereinigten in sich vorwiegend bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten. So unklar deren Vorstellungen über die künftige Gesellschaftsordnung auch sein mochten, so wünschten ihre durch den Hitlerkrieg aus ihrer gewohnten Lebensbahn herausgeworfenen Anhänger jedenfalls keine Wiederkehr von Faschismus und Militarismus. Hatte doch das deutsche Monopolkapital sich nicht nur als Todfeind der Arbeiterklasse und der Bauernschaft erwiesen, sondern hatte auch einen großen Teil der kleinen Unternehmer, der Handwerker, Bauern und der bürgerlichen Intelligenz in den Ruin gestürzt. Unter diesen Umständen gaben die objektiven Klasseninteressen dieser bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten die Grundlage dafür, sich zum Kampf gegen die imperialistischen Verderber des deutschen Volkes mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Teile der Bauernschaft und der bürgerlichen Intelligenz erkannten, daß nur der konsequente antifaschistisch-demokratische Kampf und die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeiterklasse die Zukunft der Nation sichern konnten.“⁶⁾

⁵⁾ a. a. O., Seite 23.

⁶⁾ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der neuesten Zeit“, 1. Band, 1. Halbband, Berlin 1955, Seite 128 f.

Zu dem gleichen Fragenkomplex wird in den Thesen II und III zur Geschichte der CDU ausgeführt:

„II. Die Lage in Deutschland zur Zeit der Gründung der Christlich-Demokratischen Union war bestimmt

1. vom Friedenswillen unseres ganzen Volkes;
2. vom Schuldbekenntnis der deutschen Christenheit (Stuttgarter Schuldbekenntnis des deutschen Protestantismus, Fuldaer Erklärung des deutschen Episkopats);
3. von dem Zusammengehörigkeitsgefühl aller demokratischen und humanistischen Kräfte, von der Existenz einer in der Widerstandsbewegung hergestellten, in den faschistischen Konzentrationslagern gefestigten Einheitsfront aller demokratischen Kräfte;
4. von der Aktivität der Arbeiterklasse, die jetzt konsequent darangehen konnte, ihre historische Aufgabe der gesellschaftlichen Neuordnung Deutschlands in die Hand zu nehmen.

In dieser Atmosphäre fühlte sich die Christlich-Demokratische Union als Werkzeug des Friedenswillens unseres Volkes und als Organ derjenigen christlichen Kräfte, die mit aller Konsequenz ein neues, demokratisches Deutschland mit aufbauen wollten. Es war daher natürlich, daß die Christlich-Demokratische Union die Bildung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien begrüßte und sich auf den Boden der Blockpolitik stellte.

III. Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union stellt etwas völlig Neues in der Geschichte der deutschen Christenheit und der deutschen politischen Parteien dar. Sie ist eine politische Partei neuer Art, eine Partei der neuen Demokratie. Sie berücksichtigt

1. die Fehlentscheidungen der deutschen Christenheit im 19. Jahrhundert;
2. die Mitschuld der deutschen Christenheit für das Heranziehen des Faschismus;
3. die Gefahr der konfessionellen Auseinandersetzungen in Deutschland.

Weiter ging die Christlich-Demokratische Union bei ihrer Gründung vom Erbe der christlichen Widerstandskämpfer gegen den Faschismus aus.⁷⁾

Aus diesen Untersuchungen zur Geschichte der Gründung unserer Partei geht freilich schon deutlich hervor, daß das politische und ideologische Fundament, auf dem die neue Partei aufbaute, nicht sehr fest und nicht sehr solid war. Der fortschrittliche Charakter des Gründungsdokuments der CDU war überdies belastet durch zahlreiche Einzelforderungen, die ihrem Wesen nach mindestens die Möglichkeit der reaktionären Orientierung offen ließen, so, wenn es an einer entscheidenden Stelle des Gründungsauftrags heißt:

„Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.“⁸⁾

⁷⁾ a. a. O., Seite 8 f.

⁸⁾ a. a. O., Seite 21.

Diese Forderung konnte fortschrittlich interpretiert, sie konnte aber auch ebenso von den Kräften der Restauration als Ausgangspunkt für politische und wirtschaftliche Manipulationen mißbraucht werden, und sie wurde tatsächlich von diesen Kräften mißbraucht. Denn so fortschrittlich der Charakter des Gründungsdokuments der CDU war, so ehrlich die Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der CDU an den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung heranging, so rasch versuchte die Reaktion, aus der CDU eine Plattform für ihre Bestrebungen zur Restauration des alten Deutschlands und zur Sicherung ihrer Privilegien zu machen.

In seinem Werk „Zur Geschichte der neuesten Zeit“ hat Walter Ulbricht darauf hingewiesen, daß sehr rasch von Westberlin aus die Konzernleitungen ihre Verbindungen mit den ehemaligen Konzernbetrieben in der sowjetischen Besatzungszone von neuem zu knüpfen begannen, um auf diese Weise die Werktätigen daran zu hindern, die Konzernbetriebe fest in die Hand zu nehmen und die Wirtschaft aufzubauen.⁹⁾ Ähnliche Bestrebungen ergaben sich im Kampf der Großgrundbesitzer und der großbäuerlichen Elemente gegen die Durchführung der Bodenreform — von den Störmaßnahmen dieser Kreise gegen andere Reformen, die der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution im Osten Deutschlands dienen, ganz zu schweigen. Die CDU war dazu ausersehen, das politische Instrument dieser Kräfte abzugeben.

Es erhebt sich daher die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß die CDU trotz ihres fortschrittlichen Gründungsaufrufs den Kräften des Großbürgertums und der Junker die politischen, ideologischen und organisatorischen Möglichkeiten für ihren Kampf gegen den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bieten konnte. Zwei Faktoren müssen dabei offenbar besonders beachtet werden:

1. Die reaktionären Parteien der Weimarer Republik, die die Politik der Monopolbourgeoisie betrieben hatten, waren liquidiert, und — wie auch die Vertreter des Großbürgertums und der Junker einsehen mußten: sie waren für immer liquidiert. Daher suchten sie unter den vorhandenen politischen Kräften diejenigen aus, die nach ihrer Meinung fähig und auch bereit waren, die Politik und die Geschäfte der Großbourgeoisie zu betreiben. Daß ihr Blick dabei vor allem auf die CDU fiel, hing mit den schon erwähnten reaktionär belasteten Forderungen im Gründungsdokument der CDU, mit dem von Anfang an gegebenen gesamtdeutschen Wirkungsradius dieser Partei und

⁹⁾ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der neuesten Zeit“, 1. Band, 1. Halbband, Berlin 1955, Seite 259 f.

ferner damit zusammen, daß die von 1946 an betriebene Demagogie des sogenannten „christlichen Sozialismus“ eines Jakob Kaiser eine gute Tarnung der Konzernpolitik abgab.

2. In die CDU hatten neben „weitsichtigen Demokraten und Patrioten . . .“, die verstanden, daß allein die Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse die Entwicklung des demokratischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Deutschlands garantiert¹⁰⁾, solche Kräfte gefunden, die bewußt oder unbewußt die Politik der Großbourgeoisie und Junker (und, nicht zu vergessen, die des politischen Katholizismus) zu unterstützen bereit waren. So gehörten zum Beispiel dem geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes Sachsen der CDU¹¹⁾ (noch im April 1947) zahlreiche ehemalige führende Mitglieder reaktionärer Parteien der Weimarer Republik an. Der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Professor D. Hugo Hickmann, war Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen.¹²⁾ Der Landesschatzmeister Bergmann, Radebeul, gehörte vor 1933 der Deutschnationalen Volkspartei an, ebenso der Schriftführer des Landesverbandes, Walter Lindner. Der erste Landesgeschäftsführer der sächsischen CDU, Hermann Voigt, kam ebenfalls aus dieser Partei und war nach 1933 Vorsitzender des VDA im Lande Sachsen. — Die Rolle führender Zentrums Politiker in der CDU ist unterschiedlich zu beurteilen. Zwischen 1945 und 1947 gab es in der Berliner Führung der CDU zahlreiche Exponenten des Konzernvertreterflügels der alten Zentrums Partei sowie der „Möchen-Gladbacher“ Richtung der sogenannten christlichen Gewerkschaften. Von Anfang an aber wirkten auch zahlreiche fortschrittliche Zentrums Politiker in der CDU. Eindeutig ist freilich der schon damals unternommene Versuch des politischen Katholizismus zu bewerten, die Partei in die Hand zu bekommen, etwa durch solche Exponenten des politischen Katholizismus wie den Jesuitenpater Arkenau in Leipzig.¹³⁾

Diese beiden Faktoren ermöglichten es, daß die CDU nicht nur die Plattform für den Kampf fortschrittlicher Christen für den Aufbau der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der damaligen SBZ wurde, sondern auch die Agentur der Monopolbourgeoisie und der Junker. Der Einfluß dieser Kräfte der Restauration war, mit Unterstützung klerikaler Kreise in der CDU, vor allem in den Jahren 1946 und 1947 zeitweilig so stark, daß die fort-

¹⁰⁾ Walter Ulbricht, a. a. O., Seite 130.

¹¹⁾ Aktenstück „Geschäftsführender Vorstand 1947“ sowie undatiertes Aktenvermerk von Magnus Dedek (wahrscheinlich vom Januar 1950) — Archiv des Bezirksvorstandes Dresden der CDU.

¹²⁾ „Die Union“ vom 4. Februar 1950.

¹³⁾ Walter Ulbricht, a. a. O., Seite 128.

schriftliche Orientierung mancher ehrlicher Mitglieder der CDU, die im Jahre 1945 vorhanden war, deformiert wurde. Es rächte sich eben schon damals, daß die CDU keine klare Konzeption von der „neuen Demokratie“ und ihrer Verwirklichung hatte, daß der anti-imperialistische Charakter dieser neuen Demokratie ebensowenig klar war wie das Bewußtsein von der Notwendigkeit, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen.¹⁴⁾ Dadurch, daß die fortschrittlichen Kräfte in der CDU mehr eine gefühlsmäßige, mehr eine spontane Hinwendung zur Politik der gesellschaftlichen Neuordnung Deutschlands, wie sie von der Arbeiterklasse und ihrer Partei betrieben wurde, vollzogen und sich ideologisch oftmals keine Rechenschaft über die sich daraus ergebenden Konsequenzen gaben, wurde ermöglicht, daß die Kräfte der Großbourgeoisie zeitweilig die Parteiführung und auch zahlreiche Parteiorganisationen in die Hand bekamen. Die fortschrittlichen Kräfte in der CDU kannten damals nicht die Beschlüsse der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1935 und 1939, die Beschlüsse von Brüssel und Bern also, sie kannten aber auch nicht — mit wenigen Ausnahmen — das Manifest des Nationalkomitees Freies Deutschland vom 11. Juli 1943, das bekanntlich den bürgerlich-antifaschistischen Kräften den Weg zu einer „neuen Demokratie“, den Weg in ein neues Deutschland wies.

¹⁴⁾ Gerald Götting hat dazu in seiner Rede vor der Arbeitstagung der CDU in Meißen im Herbst 1951 folgendes gesagt: „Die Christlich-Demokratische Union konnte nicht, wie andere Parteien des neuen Staatswesens, auf eine Tradition zurückblicken. Nach der Verkündung des Aktionsprogramms durch den Gründungsauftrag mußte daher unmittelbar die Diskussion um die Klärung der ideologischen Grundlagen der Arbeit unserer Partei einsetzen, um die Arbeit der Union im Bündnis mit den Kräften des Fortschritts gegen die des Rückschritts in unserem Raum zu vertiefen und zu festigen. Die aktuellen Probleme beschäftigten die junge Partei jedoch in einem solchen Maße, daß schon damals die theoretische Arbeit, die wissenschaftliche Untersuchung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die zur Katastrophe zweier Weltkriege geführt hat, und der Perspektiven, die es bei der Weiterentwicklung unserer gesellschaftlichen Ordnung zu erkennen galt, vernachlässigt, ja unterschätzt wurde. Dieser Umstand erleichterte den reaktionären Kräften in unserer Partei ihr Treiben, das auf die Restaurierung der Vergangenheit und auf den Vorteil eigener Machtstellung gerichtet war. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Krisenerscheinungen in den ersten Jahren des Bestehens unserer Partei zu betrachten. Wir können jedoch rückblickend feststellen, daß diese Krisen nicht zum Zusammenbruch der Partei, sondern im Gegenteil zur Stärkung des fortschrittlichen Teiles und zur Verjüngung des gesamten Parteiapparates geführt haben. Der Durchbruch des Fortschritts, der endgültig durch die Erklärung des Hauptvorstandes vom 28. Januar 1950 bestätigt und durch die 5. Jahrestagung vollendet wurde, brachte gleichzeitig auch eine Klärung unserer Situation in der demokratischen Öffentlichkeit und eine Verbesserung der Zusammenarbeit im demokratischen Block.“ („Christlicher Realismus“, Berlin o. J., Seite 6.)

Charakteristisch für diese politische und ideologische Situation in der CDU in den Jahren 1945 bis 1947 war die Überbewertung des 20. Juli 1944, wie sie in offiziellen Äußerungen der damaligen Parteiführung und in Artikeln des Zentralorgans „Neue Zeit“ zu beobachten war.¹⁵⁾ Dabei wurden durchweg schon damals die konterrevolutionären und antisowjetischen, nicht aber die fortschrittlich bürgerlich-demokratischen Elemente im Konzept des 20. Juli gewürdigt; das heißt, es wurde eine Orientierung auf die Kreise des 20. Juli vorgenommen, die eine Frontstellung gegen die UdSSR und den gesellschaftlichen Fortschritt einnahmen. Diese Gemeinsamkeit ist nicht zufällig: So wie der soziale Kern des Attentats auf Hitler durch die genannten Kreise des 20. Juli darin bestand, den Imperialismus zu retten, so bestand die Politik der reaktionären Kräfte in der CDU immer darin, wie im Westen Deutschlands durch die Manipulationen der westdeutschen CDU/CSU auch im Osten Deutschlands die Konzerne und den Großgrundbesitz zu retten.

In These V zur Geschichte der CDU wird dazu mit Nachdruck festgestellt:

„... Die Zusammensetzung der Partei aus Angehörigen vornehmlich der kleinbürgerlichen, zum Teil aber auch der großbürgerlichen Schichten unseres Volkes, weniger aus den christlichen Werktätigen, machte sich derart bemerkbar, daß vor allem im Zusammenhang mit den Bestrebungen der demokratischen Erneuerung unseres Vaterlandes schon bald nach der Gründung der Partei tiefgehende innerparteiliche Auseinandersetzungen begannen. Gemäß dieser Zusammensetzung der Partei ergab sich im Verlaufe ihrer Arbeit schon in den ersten Monaten nach der Gründung die Herausbildung von

1. aufbauwilligen, die Sache der gesellschaftlichen Erneuerung unseres Vaterlandes fördernden Kräften und

2. von Kräften der Restauration.

Schon damals begann also die Auseinandersetzung darüber, ob die Partei dem Gründungsauftrag und den in ihm enthaltenen Grundsätzen treu blieb oder ob sie unter dem Einfluß neu erwachender restaurativer Kräfte die Sache der demokratischen Erneuerung verriet.“¹⁶⁾

Wenn die Frage beantwortet werden soll, wie unsere Partei, oder richtiger: die soeben charakterisierten unterschiedlichen Kräfte in unserer Partei sich zur Gründung der DDR verhielten, wird zunächst zu untersuchen sein, welche Haltung sie in den beiden Phasen der volksdemokratischen Revolution (1945 bis etwa 1948 und 1948 bis etwa 1950) einnahmen.

¹⁵⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 107.

¹⁶⁾ a. a. O., Seite 10.

II.

Wie in These VI zur Geschichte der CDU erläutert wird, erreichte dieser Prozeß seinen ersten Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die Bodenreform. „Gemäß ihrem Gründungsauftrag stimmte die Mehrheit der Christlich-Demokratischen Union mit Begeisterung der Bodenreform zu. Die beiden damaligen Vorsitzenden der Partei, Dr. Hermes und Dr. Schreiber, verstießen jedoch sowohl gegen die demokratische Mehrheit der Partei als auch gegen den Gründungsauftrag, indem sie zunächst der Bodenreform zustimmten, dann aber ihre Verwirklichung zu verhindern suchten.“¹⁷⁾

Zahlreiche Mitglieder der CDU erhielten Neubauernstellen. Auch in den Bodenreform-Kommissionen arbeiteten viele Mitglieder der CDU mit; Walter Ulbricht gibt in seinem Buch „Zur Geschichte der neuesten Zeit“ an, daß 529 Mitglieder der CDU bzw. der LDP Mitglieder derartiger Kommissionen gewesen sind.¹⁸⁾ Diese Zahl mag als sehr niedrig erscheinen; man muß aber bedenken, daß die Organisation der CDU damals gerade in ihren Anfängen steckte und gerade auf dem Lande noch weit zurück war. In der Tat werden sehr viel mehr Mitglieder der CDU an der Tätigkeit dieser Kommissionen teilgenommen haben, und zwar solche CDU-Mitglieder, die erst im Laufe des Jahres 1946 und später der CDU beigetreten sind.

Was aber tat die reaktionäre Führung der CDU? Sie begann sofort Maßnahmen einzuleiten, die der praktischen Durchführung der Bodenreform Hindernisse in den Weg legen sollten. Im Archiv der Parteileitung der CDU befindet sich ein vom September 1945 datierter Entwurf Dr. Schreibers zur „Agrarreform“; dieser Entwurf ist offenbar die direkte Reaktion Schreibers auf die Rede Wilhelm Piecks über die Frage der Bodenreform, die der Vorsitzende der KPD am 2. September 1945 in Kyritz hielt. In dem Entwurf Dr. Schreibers, der bezeichnenderweise sich nicht mit der Bodenreform, sondern mit einer „Agrarreform“ beschäftigt, finden sich zwei aufschlußreiche Forderungen, deren Verwirklichung die Bodenreform denaturiert hätte, und zwar die Forderungen:

1. nach dem Verbleiben eines Restgutes für den zu enteignenden Großgrundbesitzer, und
2. nach „Entschädigung der Eigentümer wie ihrer Gläubiger“, die „in 3½%-Pfandbriefen . . . geleistet werden“ könne.¹⁹⁾

¹⁷⁾ a. a. O., Seite 10 f.

¹⁸⁾ Walter Ulbricht, a. a. O., Seite 224.

¹⁹⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 117, Entwurf Dr. Schreiber zur Agrarreform, Seite 5 f.

Bei der Durchführung der Bodenreform wurden diese reaktionären Auffassungen Schreibers und anderer führenden Männer in der CDU nicht berücksichtigt. Daraufhin ließen sie sich vom Landwirtschaftsreferenten in der damaligen Parteileitung der CDU eine Expertise nach der anderen über „Willkürmaßnahmen im Verfolg der Bodenreform“ ausarbeiten. Charakteristisch dafür ist z. B. ein Aktenvermerk²⁰⁾ aus dem agrarpolitischen Referat der Parteileitung, in dem bewegte Klage über die Enteignung des Barons Pallombini aus Renisdorf bei Herzberg geführt wird. Dr. Hermes nahm diese Expertisen zum Anlaß, unter dem 15. Oktober 1945 einen Brief an die Präsidenten der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen in Potsdam, in Dresden, in Weimar, in Halle und in Schwerin zu richten — ein für die damaligen Verhältnisse ziemlich außergewöhnlicher Schritt. In diesem Brief erneuerte Dr. Hermes die Klagen von Dr. Schreiber darüber, daß die „bisherigen Besitzer“ „weder ein Restgut in der Größe der allgemein zugelassenen Höchstgrenze von 100 Hektar zugestanden, noch das Recht eingeräumt“ erhielten, „sich ebenfalls um eine Siedlerstelle von 5 Hektar zu bewerben“. Gleichzeitig äußerte er sich gegen sogenannte „Willkürmaßnahmen“ bei der Durchführung der Bodenreform, „für deren Folgen sie (die CDU-Führung, G. W.) keinerlei Mitverantwortung zu tragen in der Lage ist.“²¹⁾

Der nächste Schritt der Gegner der Bodenreform in der damaligen Führung der CDU bestand in einem Bericht, den der seinerzeitige wirtschaftspolitische Referent in der Parteileitung der CDU, Herr Dr. von der Gablentz, in der 14. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU, des damaligen Führungsgremiums der Partei, gab. Im Anschluß an diesen Bericht legte Dr. Schreiber einen Entschließungsentwurf vor, in dem ein prinzipieller Protest gegen die Verwirklichung der Bodenreform enthalten war. In dem Protokoll über die Sitzung heißt es dann freilich: „In der Aussprache wird die Frage aufgeworfen, ob der Weg einer Entschließung zweckmäßig sei. Mit einer solchen allgemeinen Erklärung würde wahrscheinlich kein durchschlagender Erfolg erzielt, wenn nicht den fraglichen Stellen in geeigneter Weise hieb- und stichfestes Einzelmaterial in genügendem Umfang zugeleitet würde.“ Solches Material war aber offenbar nicht vorhanden und konnte nicht vorhanden sein. Daher heißt es im Protokoll weiter: „Es wird beschlossen, nicht eine allgemeine Entschließung zu verabschieden, sondern eine diesbezügliche Denkschrift auszuarbeiten.“²²⁾

²⁰⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 117.

²¹⁾ ebenda.

²²⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 161.

Zur gleichen Frage wird im Protokoll über die 15. Sitzung vom 29. November erklärt: „Die in der letzten Sitzung beschlossene Denkschrift . . . wird hinsichtlich des Termins ihrer Absendung noch etwas zurückgestellt. Dr. Hermes teilt ferner mit, daß die Union einen Vorschlag der Kommunisten zur gemeinsamen Aktion einer Hilfe für die Neubauern aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt hat.“²³⁾

In der Tat haben dann die Vertreter der CDU in der Sitzung der Einheitsfront vom 7. 12. 1945 die Unterschrift unter den Aufruf zur Hilfe für die Neubauern verweigert. Diese Haltung der reaktionären Parteiführung führte zu lebhaften Protesten in der Mitgliedschaft; so liegen u. a. Entschließungen der Ortsgruppe Merseburg, der Ortsgruppe Schirgiswalde, des erweiterten Kreisausschusses der CDU Chemnitz-Stadt, des Aktionsausschusses Berlin-Prenzlauer Berg und des Kreisvorstandes Magdeburg vor.²⁴⁾

Besonders nachdrücklich wurde die Haltung von Hermes und Schreiber von dem bekannten CDU-Politiker, dem katholischen Pfarrer Ludwig Kirsch, Chemnitz, bekämpft, der in einer Sitzung führender Funktionäre der CDU am 19. Dezember 1945 in Berlin erklärte, in der entscheidenden Frage der Hilfe für die Neubauern habe die Parteileitung versagt und „im Lande draußen tiefe Verbitterung hervorgerufen.“²⁵⁾ In dem Bericht der „Neuen Zeit“ über diese Rede heißt es weiter: „Kategorisch erklärte Pfarrer Kirsch, jede reaktionäre Linie müsse bekämpft werden, ganz gleich, wie sie sich darbiete . . . Die Parteileitung habe das Vertrauen der Bevölkerung verwirkt, der Rücktritt von Dr. Hermes und Dr. Schreiber sei erforderlich.“

Ähnliche Ausführungen machte auf der gleichen Sitzung der Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg, Dr. Lohbedanz. Dieser fortschrittliche CDU-Politiker erklärte: „Es darf nicht sein, daß diese Maßnahme (die Bodenreform. G. W.), die zu den großartigsten und wichtigsten des demokratischen Deutschlands gehört, durch die Führung der Union durchkreuzt wird.“²⁶⁾

Unter dem Druck dieser fortschrittlichen Kräfte der CDU mußten Dr. Hermes und Dr. Schreiber zurücktreten.²⁷⁾

²³⁾ ebenda.

²⁴⁾ „Neue Zeit“ vom 22. Dezember 1945.

²⁵⁾ „Neue Zeit“ vom 21. Dezember 1945.

²⁶⁾ ebenda.

²⁷⁾ Übrigens ist es nicht zufällig, daß in dieser Periode der politischen Entwicklung 1945/46 auch andere Maßnahmen der gesellschaftlichen Neuordnung von führenden Mitgliedern der CDU bekämpft wurden. Im Oktober sprach z. B. Dr. Hermes auf einer Landesarbeits-tagung der CDU Sachsens in Dresden. Nach einer Meldung der „Neuen Zeit“ vom 27. Oktober 1945 hat Dr. Hermes in dieser Rede außer zu Fragen der Bodenreform (zwölf Tage

Hermes und Schreiber gingen; Kaiser, Lemmer, Friedensburg, Krone, Tillmanns und die anderen Vertreter des Monopolkapitals in der Parteiführung der CDU aber blieben.

Die Kontakte zwischen diesen Führern der CDU und den Konzernherren begannen schon im Sommer 1945. Bereits am 4. August 1945 — die CDU war kaum fünf Wochen alt — schrieb einer der führenden Männer der AEG, Regierungsbaurat F. Spennrath, einen Brief an Jakob Kaiser, den damaligen dritten Vorsitzenden der CDU. Dieser Brief hatte folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Herr Kaiser! Als ich mich damals in Köln von Ihnen verabschiedete, um meine Tätigkeit im Vorstand der AEG, Berlin, aufzunehmen, hätte ich nie geglaubt, daß wir uns unter derartigen Verhältnissen, wie wir sie jetzt haben, einmal wiedersehen würden. Aus der ‚Neuen Zeit‘ habe ich alles weitere entnommen und empfinde mit Ihnen von ganzem Herzen, was Sie in dieser schweren Zeit durchgemacht haben . . . Schon seit Wochen habe ich die Absicht, Sie einmal zu besuchen, um mich mit Ihnen und Ihren Freunden auszusprechen . . . Es liegt eine Fülle von Fragen vor, die ich gern mit Ihnen behandelt hätte.“²⁸⁾

Jakob Kaiser antwortete umgehend am 6. August 1945 und erklärte seine Bereitschaft zu einer Aussprache mit Spennrath, die dann aber wegen der Ortsabwesenheit von Kaiser nicht sogleich zustande kam.

Fußnote von Seite 14

nach seinem Brief an die Leiter der Landes- und Provinzialverwaltungen!) auch zu Problemen des „Berufsbeamtentums“ gesprochen. In dieser Rede behauptete Hermes, daß „die Frage nach dem Berufsbeamtentum an sich überhaupt nicht gestellt“ werden könne. „Kein moderner und geordneter Staat kann auf ein Berufsbeamtentum als kontinuierliches Element seiner Verwaltung verzichten. Eine moderne Verwaltung verlangt Fachkräfte, die nicht ausschließlich nach den Gesichtspunkten der politischen Gesinnung gefunden werden können . . . Ein solches Berufsbeamtentum wird von der CDU als unentbehrliches Organ einer modernen Staatsführung bejaht und gefordert.“

Gleichzeitig unternahm Jakob Kaiser in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des FDGB einen kaschierten Vorstoß zugunsten des Berufsbeamtentums. In einem Brief vom 21. 9. 1945 schrieb er an den Hauptausschuß der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, daß „jede Entscheidung in dieser Frage (des Berufsbeamtentums. G. W.) von rein sachlichen Gesichtspunkten ausgehen muß, wie dies nicht zuletzt schon die materielle Lage des Reiches gebietet“. Außerdem kann nicht übersehen werden, daß sich reaktionäre Kreise in der CDU gegen die Gleichberechtigung der Frauen wandten. Am 6. Dezember 1945 veröffentlichte die „Neue Zeit“ einen Artikel, in dem es hieß: „Die Frau ist im allgemeinen zum selbständigen politischen Denken, zum Weitblick nicht befähigt . . . Aus diesen fraulichen Eigenheiten erheben sich politische Gefahren für das Wahrecht der Frauen, denn Politik ohne Weitblick muß scheitern.“

²⁸⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 95.

Inzwischen hatte der Hauptausschuß der Betriebsvertretungen der AEG-Betriebe am 10. November 1945 vom Vorstand der AEG eine „sofortige Herabsetzung der Kopfzahl des Vorstandes auf drei antifaschistisch eingestellte Mitglieder“ sowie die Beiordnung je eines Mitgliedes der Betriebsvertretung zu jedem Vorstandsmitglied²⁹⁾ gefordert. In einem Schreiben des Vorstandes der AEG an den Vorstand der CDU vom 23. November 1945 wurden diese Forderungen des Hauptausschusses der AEG-Betriebsvertretungen mit folgender charakteristischer Begründung zurückgewiesen:

„Es würde daher ein Vorgriff auf die zukünftigen Entscheidungen in dieser für das gesamte öffentliche und private Wirtschaftsleben so grundlegenden Frage sein, wollte man die vom Hauptausschuß der AEG-Betriebsvertretungen gestellte Forderung vorweg behandeln und zur Entscheidung bringen... Wir bitten Sie daher, sich Ihrerseits der aufgeworfenen Fragen annehmen und sie in den Kreis Ihrer grundsätzlichen Überlegungen einbeziehen zu wollen.“³⁰⁾

In einem Aktenvermerk Kaisers vom 30. November 1945 wird zu diesem Schreiben bemerkt: „Ich bin der Auffassung, daß das Schreiben im wirtschaftspolitischen Ausschuß Beachtung finden sollte. Daran ist wohl auch Herrn Spennrath gelegen.“³¹⁾

Der schon erwähnte wirtschaftspolitische Sachbearbeiter in der Parteileitung der CDU, Dr. von der Gablentz, Verfasser des reaktionären Machwerks „Über Marx hinaus“ (Berlin 1946), entwarf daraufhin ein Schreiben an den Vorstand der AEG. Darin heißt es: „Die Forderung des Hauptausschusses der AEG-Betriebsvertretungen ist auch meines Erachtens keineswegs spruchreif. Eine Zutändigkeit der Betriebsvertretungen für die Zusammensetzung des Vorstandes ist in keiner Weise gegeben.“³²⁾

Aus den Akten geht leider nicht hervor, ob dieser Brief tatsächlich abgeschickt worden ist und mit wessen Unterschrift. Da sich aber auf dem Originalentwurf keinerlei einschränkende Bemerkungen Kaisers oder anderer Vorstandsmitglieder finden, muß angenommen werden, daß dieser der Unterstützung der Konzerne dienende Brief tatsächlich abgeschickt worden ist.

Kaiser hat seine Hilfsaktionen zugunsten der AEG im allgemeinen und des Baurats Spennrath im besonderen

²⁹⁾ ebenda.

³⁰⁾ ebenda.

³¹⁾ ebenda.

³²⁾ ebenda.

auch in den folgenden Jahren fortgesetzt, insbesondere mit dem Ziel, die Herauslösung des „Kabelwerks Oberspree“ aus dem AEG-Konzern rückgängig zu machen.³³⁾

Aber nicht nur Herr Spennrath unterhielt engen Kontakt zur damaligen Führung der CDU, sondern auch der Leiter der Telefunken-GmbH., Direktor Martin Schwab. Dem Protokoll der 7. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 17. August 1945 ist zu entnehmen, daß der Direktor der Telefunken-GmbH., Martin Schwab, in den Finanzausschuß der CDU berufen wurde.

Wie mit Spennrath, so stand Kaiser auch mit Schwab in direkter Verbindung, und auch in diesem Fall ging es um die Zusammenarbeit beider bei der Einschränkung der Rechte der Werkträger. In ihrer Nr. 14 vom 7. August 1945 hatte nämlich die „Neue Zeit“ ein Gespräch mit Schwab veröffentlicht, in dem dieser feststellte: „Telefunken wird alleinige AEG-Tochter und selbständige Großproduzentin...“ Dieses Interview rief in der Öffentlichkeit eine lebhaftige Kritik hervor. In einem Artikel in der „Deutschen Volkszeitung“ beantwortete es der Konstruktionsleiter W. Flemming, der der Betriebsvertretung bei Telefunken angehörte. Auf Grund dieses Artikels im Zentralorgan der KPD entließ Schwab das Mitglied der Betriebsvertretung am 15. August 1945. Bei den sich anschließenden Auseinandersetzungen Schwabs mit dem FDGB sollte Kaiser helfen. Diese „Bitte“ des Konzernherren wurde in einem Brief an Kaiser vom 25. September 1945 ausgesprochen:

„Sie haben natürlich ein viel besseres Fingerspitzengefühl in diesen die Gewerkschaft betreffenden Angelegenheiten, so daß mir Ihr Rat sehr wertvoll wäre.“³⁴⁾

Hier haben wir das wahre Gesicht des „Gewerkschaftsführers“, als den sich Kaiser immer gern bezeichnen ließ.

Zur gleichen Zeit beschäftigten sich die Konzernvertreter in der Führung der CDU mit der Wiedererrichtung der Privatbanken. Anfang September (das genaue Datum ist leider nicht bekannt) wurde von Dr. Ernst und Dr.

³⁵⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU. — Noch auf dem 1. Parteitag der CDU im Sommer 1946 hielt Spennrath einen Diskussionsbeitrag zu wirtschaftspolitischen Fragen, in dem er die Ansprüche der Konzerne, wenn auch recht vorsichtig, aber inhaltlich mit großem Nachdruck anmeldete. Seine Rede endete mit den charakteristischen Sätzen: „Man gebe uns die wirtschaftliche und politische Einheit!... Dann werden wir wieder aufbauen und uns auch in absehbarer Zeit wieder selbst ernähren können. Dann werden wir unserer Jugend wieder den Weg zu einer besseren Zukunft zu ebnen in der Lage sein. Das walte Gott!“ (Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Protokoll des 1. Parteitages, Seite 121.)

³⁴⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 42.

Schreiber ein diesbezügliches Memorandum ausgearbeitet, das in der Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 14. September 1945 besprochen wurde.³⁵⁾ In diesem Memorandum heißt es:

„Während die Geschäftstätigkeit der Banken im Westen und Süden sich nutzbringend für die allgemeine Wirtschaftslage und das Wiederingangkommen zahlreicher Betriebe auswirkt, hat die Schließung der Kreditinstitute in Berlin und in den östlichen Gebieten den schon hart mitgenommenen Wirtschaftskörper weiter geschwächt...“³⁶⁾

Auch der Präsident der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie, der der CDU angehörende Dr. Ferdinand Friedensburg, betrieb eine Politik, die objektiv den Konzernen diene. In seiner engeren Umgebung hatte er Angestellte, die früher in den Diensten von Konzernen gestanden hatten. So schrieb am 24. Juni 1946 der Vizepräsident der Zentralverwaltung, Sobottka, in einem Brief, daß

„die Betriebsvertretung der ZV der Brennstoffindustrie die Entlassung des Herrn Dr. Peters aus den Diensten der Verwaltung verlangt hat, weil Herr Dr. Peters Mitglied der NSDAP war. Des weiteren liegt die Arbeit des Herrn Dr. Peters als juristischer Beirat nicht im Interesse des Neuaufbaus unserer Wirtschaft. So zum Beispiel hat Herr Dr. Peters den Konzernherrn Hellberg dahingehend beraten, daß die Provinzialverwaltungen kein Recht hätten, Treuhänder zur Verwaltung der den Kriegsverbrechern gehörenden Bergwerke einzusetzen. Auf Grund dieser juristischen Beratung hat Herr Hellberg dann die Sperrung der den Bergwerken gehörenden Gelder bei der Berliner Stadtbank durch die englische Besatzungsbehörde veranlaßt.“³⁷⁾

Ähnliche personalpolitische Manöver unternahm Friedensburg, um den ehemaligen schlesischen Bergwerksdirektor Waldeck „einstweilen nur informatorisch“ im Rahmen der Zentralverwaltung zu beschäftigen — eine Maßnahme, die auf den entschiedenen Widerstand der fortschrittlichen Kräfte in der Zentralverwaltung stieß.³⁸⁾

Wie Dr. Friedensburg seine Amtsführung als Präsident der Zentralverwaltung auffaßte, geht schon eindeutig aus dem ersten Bericht hervor, den er vor dem Gründungsausschuß der CDU in dessen zwölfter Sitzung am 18. Oktober 1945 gab. Nach dem Protokoll dieser Sitzung teilte Friedensburg mit,

³⁵⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 161.

³⁶⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 69.

³⁷⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 79. — Herr Hellberg war Vorsitzender des Vorstandes der Anhaltischen Kohlenwerke.

³⁸⁾ ebenda.

„daß er in seinem Ressort im Bereich des Bergbaus eine Generaltreuhänderschaft zur Übernahme der Verwaltung im gesamten Bergbau durchführt, um auf diese Weise unregelmäßige Sozialisierungsmaßnahmen vorzubeugen.“³⁹⁾

Diese Entwicklung in der Christlich-Demokratischen Union mußte einen neuen Höhepunkt im Zusammenhang mit dem Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher in Sachsen erreichen. Sowohl der Landesverband Sachsen der CDU⁴⁰⁾ als auch die Berliner Führung der CDU⁴¹⁾ stimmten der Durchführung dieses Volksentscheides zu. So erklärte der damalige stellvertretende Landesverbandsvorsitzende der CDU Sachsens, der Privatindustrielle Otto Freitag:

„Es würde jedem Gefühl sowie sittlicher Verantwortung und der gemeinsamen Solidarität des Volkes im Tragen der schweren Lasten hohnsprechen, wenn Millionen deutscher Menschen alles verloren haben und in unsägliches Elend gestürzt sind, während auf der anderen Seite diejenigen, die sich schuldig gemacht haben, alles gelassen werden sollte... Das Erschütternde dabei ist, daß es sich (bei den letzteren. G. W.) um die gleichen Kreise und Männer handelt, die schon immer in mammonistischer Ichnucht verhindert haben, daß von einer neuen Sozialordnung die schweren Schäden und Belastungen der kapitalistischen Wirtschaft beseitigt wurden...“⁴²⁾

Ähnlich äußerte sich der Dresdner Bürgermeister Martin Richter (CDU), der in der Weimarer Republik dem Evangelischen Volksdienst angehört hatte. Er sagte, das deutsche Volk werde sich gerade auch in diesem Volksentscheid vor aller Welt bekennen, „daß Deutschland mit dem Geist des Nazismus . . . nichts mehr gemein hat.“⁴³⁾

An solchen und ähnlichen Beispielen zeigte sich, daß „auch die Mittelschichten und die Intelligenz an der Demokratisierung des politischen und kulturellen Lebens mitwirkten und“ daß „auch Teile der Bourgeoisie in der Stadt und auf dem Lande bekannten, daß die Maßnahmen der demokratischen Revolution unter Führung der Arbeiterklasse historisch gerecht und notwendig sind“ (These III des Politbüros der ZK der SED zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, Beilage des „Neuen Deutschland“ vom 25. August 1959, Seite 8).

Während auf diese Weise die fortschrittlichsten Mitglieder der CDU sich aktiv für die Durchführung und für den Erfolg des Volksentscheides in Sachsen einsetzten und die

³⁹⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 161.

⁴⁰⁾ „Die Union“ vom 28. Mai 1946.

⁴¹⁾ „Die Union“ vom 15. Juni 1946.

⁴²⁾ „Die Union“ vom 5. Juni 1946.

⁴³⁾ „Die Union“ vom 30. Juni 1946.

Berliner Führung nach außen hin dieses Ringen um den Fortschritt scheinbar unterstützte, unternahm sie insgeheim Bemühungen, dem Volksentscheid und der Verwirklichung der vom Volk getroffenen Entscheidungen Hindernisse entgegenzustellen. Das geht aus einer Rede von Dr. J. B. Gradl vor dem Vorstand der CDU am 5. Juni 1946 hervor. In dieser Rede erklärte Gradl, die CDU in Berlin habe „die Initiative bei der Einheitsfront ergriffen und auf die schweren Bedenken aufmerksam gemacht, die eine vorzeitige und lokal beschränkte Sozialisierung in Sachen zur Folge haben müßte“.⁴⁴⁾ In der gleichen Rede erklärte Gradl großspurig, es sei „der Partei gelungen, die Rubrik der Kriegsinteressenten in der ursprünglichen Fassung aus den Richtlinien (für den Volksentscheid. G. W.) herauszubringen und aus dem allgemeinen Sozialisierungsplan einen beschränkten Plan der Enteignung von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten zu machen“.

Diese Linie der Konzernvertreter in der CDU-Führung wurde im Verlaufe der Jahre 1946 und 1947 fortgesetzt. Wenn Stefan Doernberg in seinem Aufsatz „Zur ökonomischen Entmachtung des Monopolkapitals im Osten Deutschlands“ bereits auf Tatsachen aufmerksam gemacht hat, die mit der Obstruktionspolitik der CDU bei der Schaffung des Volkseigentums in Verbindung stehen⁴⁵⁾, dann kann an dieser Stelle erwähnt werden, daß sich das in den Archiven der Bezirksverbände der CDU befindliche Aktenmaterial aus jener Zeit ausschließlich aus Petitionen der CDU für enteignete oder zur Enteignung vorgesehene Kriegsverbrecher und Naziaktivisten zusammensetzt. Übrigens ist es auch kein Zufall, daß der hauptsächliche Vertreter des Flick-Konzerns in der CDU-Führung, nämlich Herr Dr. Tillmanns, im Jahre 1946 auf der CDU-Liste für die Landtagswahlen in Sachsen erschien und für kurze Zeit als Landtagsabgeordneter wirkte; bekanntlich befanden sich in Sachsen die wichtigsten Einrichtungen des ehemaligen Flick-Konzerns.⁴⁶⁾

Wenn Kaiser zur gleichen Zeit, insbesondere ausgehend von seiner Rede am 13. Februar 1946 vor dem Vorstand der CDU in Berlin, die demagogische These vom „christlichen Sozialismus“ in immer neuen Variationen zu entfalten begann, dann zeigte sich hierin die ganze Heuchelei dieser Führungskreise der CDU. Einerseits suchten diese Politiker alle Maßnahmen der gesellschaftlichen Neuordnung aufzuhalten oder wenigstens abzuschwächen. Andererseits stellten sie sich als Avantgardisten des Fortschritts

hin. Mit der These vom sogenannten „christlichen Sozialismus“, auf dessen prinzipielle Problematik hier nicht eingegangen werden kann, verband sich bei Kaiser und seinen Anhängern überdies der Versuch, neue weltanschauliche Auseinandersetzungen und Kulturkämpfe heraufzubeschwören. In Vorbereitung der gemeinsamen Wahlen in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone gab nämlich Jakob Kaiser am 11. August 1946 die Parole aus: „Christentum oder Marxismus! Darum geht es!“⁴⁷⁾ Was wollten die restaurativen Kräfte in der CDU damit erreichen?

Sie wollten damit erstens eine Verwirrung der fortschrittlichen Christen erreichen; diese sollten von ihrer Beteiligung am Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung abgelent und auf die Utopie eines „christlichen Sozialismus“ orientiert werden. — Sie wollten damit zweitens die weltanschauliche Aufspaltung der Einheitsfront der demokratischen Kräfte vorbereiten.

Daß der soziale Kern beider politisch-ideologischer Linien objektiv den reaktionären Kräften, also der Großbourgeoisie, die zur gleichen Zeit in Westdeutschland ihre Macht neu befestigte, diene, liegt auf der Hand. Da der offene konterrevolutionäre Kampf gegen die neuen Errungenschaften der Bodenreform und des Volkseigentums, wie gezeigt worden ist, zum Scheitern verurteilt war — insbesondere auch deshalb, weil sich gerade in jener Zeit die Arbeiterbewegung geeinigt hatte und damit unser Volk auf den Weg des Fortschritts führen konnte —, mußten die reaktionären Kräfte innerhalb der CDU andere Wege suchen, um ihre Ziele zu erreichen. Sie benutzten dazu den Bereich der nationalen Politik, also die Bestrebungen zur nationalen Einigung unseres Volkes.

III.

In seiner Disposition für den Beitrag zum Lehrbuch der deutschen Geschichte „Deutschland von der Befreiung vom faschistischen Joch bis zur Gründung der DDR“ charakterisierte Fritz Köhler die imperialistischen Zerstückelungs- und Spaltungspläne, die Schaffung der Bizone und die Abtrennung des Saargebiets, wobei er als treibendes soziales Moment mit Recht das Bestreben der westdeutschen Reaktion nach der Rettung des Großgrundbesitzes und der Monopole herausarbeitete.⁴⁸⁾

Diese Politik war die Voraussetzung für die Verwirklichung der Truman-Doktrin und des sich daraus ergebenden Marshall-Planes, was nach Köhler für Deutschland folgende Konsequenzen hatte:

⁴⁷⁾ These VIII zur Geschichte der CDU, a. a. O., Seite 11 f.

⁴⁸⁾ „Beiträge zur Zeitgeschichte“, Wissenschaftliche Beilage zur Zeitschrift „Dokumentation der Zeit“ 1/59, Seite 33.

⁴⁴⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Vorstandssitzung 1945/46, Seite 204 f.

⁴⁵⁾ „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ 3/1959, Seite 518 f., Seite 520 und Seite 523.

⁴⁶⁾ Walter Ulbricht, a. a. O., Seite 259/60.

„Die Einbeziehung der drei Westzonen in den Marshall-Plan mußte die Spaltung Deutschlands bewirken. Tatsächlich zielte die Besatzungspolitik der drei Westmächte darauf ab, die Spaltung ökonomisch, politisch und staatsrechtlich zu vollenden, nachdem alle Bestrebungen gescheitert waren, auch die Sowjetische Besatzungszone in ihre Machtsphäre einzubeziehen.“⁴⁹⁾

Diese Konzeption hat der damalige Führer der CDU in der britischen Besatzungszone, Dr. Konrad Adenauer, schon im Jahre 1946 entwickelt. Aus einem Aktenvermerk vom 6. 4. 1946 über eine Besprechung der Führer der christlich-demokratischen Parteien in den drei westlichen Besatzungszonen, den Adenauer angefertigt hat, geht folgendes hervor:

1. Die christlich-demokratischen Parteien Westdeutschlands vereinigen sich zu einer Partei. „Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß alles geschehen muß, damit die CDU Berlins und der russischen Zone ebenfalls sich mit den Parteien der übrigen Zonen zusammenschließen sollte, daß aber der Sitz der künftigen Parteileitung nicht Berlin oder ein Ort der russischen Zone sein dürfte.“ — Mit anderen Worten war in dieser Forderung eine parteipolitische Anschlußtaktik Adenauers konzipiert, die zugleich ein Präjudiz für die Politik des Anschlusses der sowjetischen Besatzungszone an die westlichen Zonen darstellte.

2. Die christlich-demokratischen Parteien Westdeutschlands sind sich, dem Aktenvermerk folgend, weiter darin einig, daß Berlin nicht zum Sitz der Parteileitung gemacht werden dürfe; die Parteileitung müsse in einem Ort ihren Sitz haben, der etwa an der Mainlinie liege. — Zweifelloos sollte damit ein Präjudiz für die Stellung Berlins als Hauptstadt Deutschlands geschaffen werden.

3. Die Führer der christlich-demokratischen Parteien Westdeutschlands zeigen sich „nicht einverstanden“ mit verschiedenen Thesen, die Jakob Kaiser Anfang 1946 vertreten habe; dabei handele es sich vor allem um folgende Thesen: „Die bürgerliche Epoche ist zu Ende“, „das Kommunistische Manifest ist eine Großtat“ sowie um die Lösung vom „christlichen Sozialismus“. — Die Demagogie des „christlichen Sozialismus“ war also für Adenauer und seine Freunde eine schon zu „fortschrittliche“ Konzeption, als daß sie hätte von ihnen anerkannt werden können.

4. Die Führer der christlich-demokratischen Parteien Westdeutschlands halten einen Besuch des ersten Parteitags der CDU der sowjetisch besetzten Zone (im Sommer 1946) für nicht günstig, da „man sich nicht der Gefahr aussetzen dürfe, in der Atmosphäre der russischen Zone zu

⁴⁹⁾ a. a. O., Seite 39.

Beschlüssen zu kommen, die vom Standpunkt der Parteien der übrigen Zonen aus unerwünscht seien . . .“⁵⁰⁾ — Die „Atmosphäre der russischen Zone“, also die Atmosphäre der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, war Adenauer so unerwünscht, daß er alles nur mögliche tat, um die christlichen Demokraten Westdeutschlands dieser „Atmosphäre“ nicht auszusetzen.

Adenauers Einfluß in den christlich-demokratischen Organisationen der drei Westzonen war damals freilich noch nicht so stark, wie aus diesen Darlegungen hervorgehen könnte. Es gab noch zahlreiche Führer in den westdeutschen christlich-demokratischen Parteien, die von ihrer antifaschistisch-demokratischen Position her die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und eine Einheit der christlich-demokratischen Parteien aller vier Zonen auf der Basis einer fortschrittlichen Konzeption erstrebten. Zu diesen Politikern gehörte u. a. der damalige hessische Ministerpräsident Dr. Werner Hilpert, langjähriger Häftling im Konzentrationslager Buchenwald, zu dessen politischen Beratern der Würzburger Geschichtsprofessor Dr. Ulrich Noack⁵¹⁾ gehörte. Vornehmlich auf die Intentionen solcher CDU-Politiker in den Westzonen und auf die Bemühungen der CDU-Führung in der Sowjetischen Besatzungszone ist die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union im Herbst 1946 zurückzuführen. Diese konstituierte sich Anfang Februar 1947 als koordinierendes Organ der in allen Zonen und Ländern wirkenden christlich-demokratischen Parteien.⁵²⁾

Implizierten die Schritte Hilperts und seiner Freunde unter Berücksichtigung der westdeutschen Entwicklung, wie sie oben kurz skizziert wurde, objektiv eine oppositionelle Haltung gegen die Politik der Spaltung Deutschlands, so hatten die in die gleiche Richtung zielenden Bemühungen der Führung der CDU in der damaligen SBZ einen ambivalenten Charakter. Einerseits schien sich auch die Politik dieser Kreise gegen die Westmächte und gegen die schon damals mit den Westmächten verbündeten Politiker in der westdeutschen CDU und in der SPD zu richten. Aber andererseits bestand das Motiv für diese Politik Kaisers und seiner Freunde nun freilich nicht darin, ein neues einheitliches Deutschland zu schaffen, das heißt also, in Westdeutschland ähnliche soziale Errungenschaften

⁵⁰⁾ „Denk ich an Deutschland“, herausgegeben vom Union Pressdienst, Berlin 1957, Seite 92 f.

⁵¹⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 178 a, 178 b. — Professor Noack hat im Jahre 1949 eine gewisse Rolle im gesamtdeutschen Gespräch gespielt, und zwar im Zusammenhang mit den „Neutralisierungsvorschlägen“ des Nauheimer Kreises.

⁵²⁾ ebenda.

herbeizuführen wie in der SBZ. Das Motiv war vielmehr ein entgegengesetztes: Kaiser, Lemmer und ihre Freunde erstrebten eine Wiedervereinigung Deutschlands, um dadurch — als Minimallösung — den Prozeß des sozialen Fortschritts in der SBZ aufzuhalten und — als Maximallösung — die sozialen Errungenschaften in der SBZ (Bodenreform, Volkseigentum usw.) rückgängig zu machen. In dieser politischen Konzeption spiegelt sich am klarsten die Demagogie vom „christlichen Sozialismus“ wider — von jenem „christlichen Sozialismus“, der nicht einmal sich selbst ernst nimmt. Denn es ist wohlbekannt, daß auch die Programme der westdeutschen CDU, seien es die Kölner Leitsätze von 1945 oder das Ahlener Programm von 1947, Maßnahmen der Vergesellschaftung und der Bodenreform vorsahen, ohne daß sie jemals verwirklicht worden wären.⁵³⁾

Es ist nun für die Politik der reaktionären Kräfte in der westdeutschen CDU und auch in der Sozialdemokratie charakteristisch, daß sie den Versuch Kaisers und seiner Freunde, zur Wiedervereinigung zu gelangen, nicht nur nicht unterstützten, sondern alles taten, den Bemühungen Kaisers einen Riegel vorzuschieben.⁵⁴⁾ Für diese Haltung spielten sowohl ökonomische als auch ideologische Gründe eine Rolle, nämlich die Tendenz des deutschen Monopolkapitals, erst Westdeutschland wirtschaftlich wieder fest in die Hand zu bekommen, um dann später den Osten zu „befreien“, und die Tendenz des politischen Katholizismus, ein katholisch regiertes Deutschland zum Mittelpunkt eines katholisch regierten Westeuropas zu machen.

⁵³⁾ Thesen VII und XI zur Geschichte der CDU, a. a. O., Seite 11 und Seite 13 f.

⁵⁴⁾ Charakteristisch dafür ist ein vom 27. Mai 1947 datierter ungezeichneter Aktenvermerk im Historischen Archiv der Parteileitung der CDU Nr. 80. „Dr. Eduard Gellinger, der Korrespondent der ‚Neue Zürcher Zeitung‘, berichtete heute über das einstündige Gespräch, das er in der Woche vor Pfingsten bei seinem Besuch in der britischen Zone im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit Dr. Adenauer gehabt hat. Er bemerkt, daß er aus dem langen Gespräch im ganzen den Eindruck gewonnen habe, daß Herr Adenauer die östliche Besatzungszone Deutschlands für lange Zeit, wenn auch nur vorübergehend, ‚abgeschrieben‘ hat. Mit seiner Berichterstattung sei Adenauer nicht ganz einverstanden gewesen. Er versicherte Gellinger, daß er seine Berichte laufend lese und den Eindruck habe, daß seine Berichte offenbar stark von den Anschauungen der Herren Kaiser und Lemmer beeinflusst würden. Auf die erstaunte Frage von Gellinger, ob denn zwischen Kaiser und Lemmer und ihm grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten beständen, erwiderte Adenauer, daß die Herren Kaiser und Lemmer offenbar sehr stark unter dem Einfluß der russischen Besatzungsmacht ständen. Diesen Tatbestand will Herr Adenauer nicht ignorieren. Des längeren setzte er Gellinger auseinander, wie verschieden die Perspektive der Dinge zwischen der Ost- und Westzone Deutschlands sei.“ — Dr. Gellinger ist heute Korrespondent seines Blattes in Rom.

Wie vollzogen sich die Maßnahmen Kaisers und seiner Freunde im einzelnen? Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU machte in einem Brief vom 15. März 1947 im Blick auf die Außenministerkonferenz in Moskau (10. März bis 24. April 1947) den Vorschlag für die Schaffung einer nationalen Repräsentation. Dieser Brief, der nicht die Unterschrift Dr. Adenauers trug, wurde an die SPD, an die Arbeitsgemeinschaft der SED—KPD sowie an die LDP gerichtet.⁵⁵⁾ Das Zentralbüro der Arbeitsgemeinschaft SED—KPD antwortete schon am 18. März 1947 in einem von Wilhem Pieck und Otto Grotewohl unterzeichneten Schreiben, in dem es heißt: „Wir sehen der Einladung zu einer Beratung über die Organisation der Zusammenkunft entgegen.“⁵⁶⁾ Auch die LDP antwortete positiv. In einem Schreiben vom 19. März 1947 sprach der Vorstand des FDGB den Wunsch aus, sich an diesen Beratungen beteiligen zu können.⁵⁷⁾ Der Schritt der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU wurde auch von der VVN begrüßt, und zwar in einem Schreiben, das u. a. die Unterschrift des katholischen Schriftstellers Dr. Eugen Kogon und die von Ottonmar G e s c h k e trug.⁵⁸⁾ Eine offizielle Antwort der Sozialdemokratie erfolgte indes nicht.

Am 5. April 1947 schrieb die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU einen zweiten Brief an die Arbeitsgemeinschaft der SED—KPD:

„Das verhängnisvolle weitere Anwachsen der Not unseres Volkes läßt die von uns angeregte Verwirklichung einer nationalen Repräsentation von Stunde zu Stunde dringender erscheinen. Wir sind der Auffassung, daß die führenden Männer der Parteien ihre Pflicht in unverantwortlicher Weise vernachlässigen würden, wenn sie nicht raschestens zusammentreten, um die Frage einer möglichst wirksamen Realisierung unseres Vorschlages zu prüfen und zur Entscheidung zu bringen. Mit Genugtuung erfüllt es uns dabei, in unserem kürzlichen Gespräch mit Ihnen erfahren zu haben, daß Sie in der Bejahung dieser nationalen Repräsentation mit uns einig gehen, und daß Sie bereit sind, die Atmosphäre für die Verwirklichung einer nationalen Repräsentation schaffen zu helfen.“⁵⁹⁾

Die Arbeitsgemeinschaft der SED—KPD antwortete umgehend in einem Brief vom 11. April:

„Wir geben unsere Stellungnahme auch nicht auf, trotz der inzwischen leider erfolgten Störungsversuche... Den Versuch der SPD, durch die Aufstellung von bestimmten Bedingungen für einzelne Parteien die notwendigen

⁵⁵⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 62.

⁵⁶⁾ ebenda.

⁵⁷⁾ ebenda.

⁵⁸⁾ ebenda.

⁵⁹⁾ ebenda.

Schritte zu gemeinsamen Maßnahmen zu erschweren, lehnen wir ab. Keine der beteiligten Parteien hat einer anderen Bedingungen gestellt. Auch wir nicht.“⁶⁰⁾

Trotz persönlicher Besprechungen Kaisers und Lemmers mit Schumacher blieb der Vorsitzende der SPD bei der Ablehnung der nationalen Repräsentation. Nach einer dpd-Meldung vom 23. 5. 1947 Nummer 147 erklärte Schumacher in einer Rede vor jungen Sozialdemokraten,

„die SPD halte den Gedanken einer nationalen Repräsentation für nicht diskutabel, solange nicht gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen erfüllt seien. Zu diesen gehöre die Aufhebung der Zonengrenzen.“⁶¹⁾

Aus dieser Dokumentation geht eindeutig hervor, daß die Partei der Arbeiterklasse die Urheber der Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU beim Wort nahm; sie erkannte sehr wohl die soziale Motivation dieser Schritte der CDU/CSU in der nationalen Frage, nahm diese aber nicht zum Anlaß, um die in ihnen enthaltenen Vorschläge zur nationalen Wiedervereinigung abzulehnen.⁶²⁾ Im Gegenteil: sie griff diese Vorschläge auf, zweifellos in dem Bewußtsein, daß ihre Stärke und die Stärke aller anderen demokratischen Kräfte, auch in der CDU der SBZ,

⁶⁰⁾ ebenda.

⁶¹⁾ ebenda.

⁶²⁾ Darüber habe ich in der Sitzung des Hauptvorstandes unserer Partei am 17. März 1959 in Cottbus (s. „Neue Zeit“ vom 3. April 1959) folgendes gesagt:

„Die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland haben alle Pläne unterstützt, die schon früh auf Vorstellungen hinausliefen, die man heute als embryonale Entwicklungsstadien der Konföderation bezeichnen könnte. Ich denke nur daran — und das ist für unsere Parteigeschichte sehr interessant —, daß die SED 1946 und 1947 die Pläne einer nationalen Repräsentation akzeptierte, während Adenauer und Schumacher sie ablehnten. Ja, die SED unterstützte diese Vorschläge sogar, obwohl sie sich darüber im klaren sein mußte, daß die Vorstellungen der Schöpfer dieser Pläne, also die Vorstellungen Jakob Kaisers und seiner Freunde, zweifellos darauf hinausliefen, nicht etwa ein fortschrittliches, sondern ein bürgerliches Gesamtdeutschland zu schaffen.“

Es zeigte sich also schon damals, wer es wirklich ernst meinte mit der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, und es zeigte sich freilich auch schon damals, daß die fortschrittlichen Kräfte objektiv und subjektiv so stark waren, selbst solche von bürgerlichen Vorstellungen diktierte Pläne zu Instrumenten im Kampf um ein neues Deutschland zu machen. Aber damals wie heute erwies sich, daß die reaktionären Kräfte den Weg der Restauration gehen wollten und daß sie bereit waren, das alte imperialistische Wort: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ in einer neuen Version zu realisieren, nämlich in der Version: Am deutschen Wesen soll die Welt nicht genesen, d. h.: die Reaktion strebt danach, die deutsche Frage immer wieder zum Zankapfel der Großmächte zu machen, damit die deutschen Imperialisten auf neue ihre Pläne und Träume von der Weltherrschaft realisieren könnten.“

so groß war, um das positive nationale Element in den erwähnten Vorschlägen zum Durchbruch zu bringen und gleichzeitig der gesellschaftlichen Neuordnung ganz Deutschlands zu dienen.

Nach dem Scheitern ihrer Bemühungen, eine nationale Repräsentation herbeizuführen, erneuerten Kaiser und Lemmer auf dem 2. Parteitag im September 1947 in Berlin ihren Vorschlag in Form eines nationalen Konsultativrates.⁶³⁾ Freilich hatte dieser Plan schon einen wesentlich anderen politischen Charakter. Im Zusammenhang mit der Proklamierung des Marshall-Plans und mit den damit verbundenen politischen Intentionen der westlichen imperialistischen Mächte⁶⁴⁾ hatte nämlich Jakob Kaiser vor dem Zonenvorstand der CDU am 12. Juli eine Revision der Blockpolitik gefordert. Insbesondere richtete sich die Rede Kaisers vor dem Zonenvorstand gegen die Beteiligung der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen an der Tätigkeit der Blockausschüsse. Wörtlich hieß es in der Entschließung des Zonenvorstandes zu der Rede Kaisers, die Aufgabe der Blockausschüsse bestehe darin, in wichtigen Fragen unseres Volkes die Parteien zu gemeinsamer Aussprache zusammenzuführen „und Gegensätze möglichst (von mir hervorgehoben. G.W.) zu überbrücken.“⁶⁵⁾ In diesem Begriff „möglichst überbrücken“ drückten sich Tendenzen einer Verstärkung des Kampfes der CDU gegen die SED und die Massenorganisationen aus. Von diesem Tag an geisterte als Ausdruck dieser Tendenzen die Parole von der „Eigenständigkeit der Union“ durch die CDU, wobei mit Eigenständigkeit die Abwehrstellung gegen den Prozeß des gesellschaftlichen Fortschritts gemeint war.

⁶³⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 7. September 1947.

⁶⁴⁾ These IX zur Geschichte der CDU, a. a. O., Seite 12.

⁶⁵⁾ „Neue Zeit“ vom 13. Juli 1947. — Daß die Frage der Blockpolitik eines der entscheidenden Elemente der „neuen Demokratie“ war und daß sie die Feinde des Fortschritts im internationalen Maßstab in besonderer Weise konsternierte, erhellt aus der Tatsache, daß schon im Oktober 1945 kein Geringerer als General Eisenhower die Einheitsfront als einen Verstoß gegen die Grundsätze der Demokratie bezeichnet hatte. Diese Frage wurde in der Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 1. November 1946 behandelt. Im Protokoll heißt es darüber: „In Fortsetzung dieser Erklärung (von Eisenhower, G. W.) hat die amerikanische Presse („Allgemeine Zeitung“) eine Berichterstattung begonnen, die die Meinungsverschiedenheiten in der Einheitsfront (Bodenreform, Religionsunterricht, Bankenfrage) in den Vordergrund der Veröffentlichungen rückte und die Frage aufwarf, ob es zu einem Bruch komme... Die Kommunistische Partei verlangte eine Berichtigung, die die Unterschrift aller vier Parteiführer tragen sollte. Dr. Hermes hat wegen Geringfügigkeit des Anlasses (! G. W.) eine solche Unterschrift abgelehnt und eine berichtigende Notiz gleichen Wortlauts mit der Unterschrift des Verbindungsbüros vorgeschlagen.“ (Historisches Archiv der Partelleitung der CDU, Nr. 161.)

Noch stärker kamen diese Tendenzen auf dem 2. Parteitag der CDU zum Ausdruck, auf dem nicht nur der Vorschlag eines deutschen Konsultativrates gemacht wurde, auf dem vielmehr die gesamte Wirtschaftspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone angegriffen, die Oder-Neiße-Grenze bekämpft, eine Brückentheorie (die Union als „Brücke“ zwischen den auseinanderstrebenden Teilen Deutschlands) entwickelt und sogar der Marshall-Plan gerechtfertigt wurde. Kaiser führte in seiner Rede vor diesem Parteitag⁶⁶⁾ wörtlich aus,

„daß der viel umstrittene Marshall-Plan von der ganz richtigen Erkenntnis ausgeht, daß auf die Dauer nicht mit Zuschüssen ins Grenzenlose gewirtschaftet werden kann. Er geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß solche Hilfe einem planmäßigen Aufbau dienen muß, der Zuschüsse allmählich überflüssig macht.“

Diese Linie des Referats von Kaiser wurde dadurch unterstützt, daß das wirtschaftspolitische Referat dieses Parteitages von einem Vertreter der westdeutschen CDU, nämlich von Ministerpräsident Karl Arnold, Düsseldorf, gehalten wurde. Hier zeigte sich das wahre Wesen der „Brückentheorie“ Kaisers, hier zeigte sich nun auch ganz deutlich das tatsächliche Motiv seiner Politik in der nationalen Frage: Angleichung des wirtschaftlichen und politischen Lebens der SBZ an das der Westzone. In seinem Referat vor dem Parteitag hatte Kaiser nach der Darlegung seiner Vorschläge zum nationalen Konsultativrat klipp und klar erklärt, daß gerade durch die Bildung eines solchen Konsultativrates die CDU zum „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen“ werden müsse.⁶⁷⁾

Gegen diese direkte und indirekte Unterstützung der deutschen Spaltung, wie sie in Kaisers Reden im Juli und September 1947 durch die Rechtfertigung des Marshall-Plans zum Ausdruck kam, wandten sich damals mit großer Energie die demokratischen und patriotischen Kräfte in der CDU. So erklärte der Landesvorstand der CDU Thüringens Anfang September 1947, der Marshall-Plan könne nicht begrüßt werden, da er die Gefahr einer Zerreißen Deutschlands in sich berge. Der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands werde daher vorwiegend von innerpolitischen deutschen Kräften abhängen. Gleichzeitig forderte der CDU-Landesvorstand den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.⁶⁸⁾ Ähnlich äußerte sich der Landesvorstand der CDU Mecklenburgs.

⁶⁶⁾ „Neue Zeit“ vom 7. September 1947.

⁶⁷⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Protokoll des 2. Parteitages, Seite T 14.

⁶⁸⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 3. September 1947.

Auf dem 2. Parteitag selbst traten der damalige Vizepräsident der Zentralverwaltung für Landwirtschaft, Luitpold Steidle, der Neubauer August Hillebrandt, ein früherer Reichstagsabgeordneter, und Otto Nuschke für die feste Zusammenarbeit der demokratischen Parteien im antifaschistischen Block und für die Sicherung der Errungenschaften der SBZ ein. Steidle kritisierte die Rede von Arnold, dem er vorwarf, daß sein Referat nur unter den Aspekten des Westens gehalten worden sei⁶⁹⁾, während Hillebrandt mit Nachdruck die Ergebnisse der Bodenreform verteidigte. Otto Nuschke führte aus, wie die „ungeheure Aufbauarbeit in der Zone in den Land- und Kreistagen auf der Grundlage der gemeinsamen Arbeit aller demokratischen Kräfte praktisch verwirklicht“ werde.⁷⁰⁾

Es waren auch diese patriotischen und demokratischen Kräfte in der CDU, die sofort für die Beteiligung der fortschrittlichen Christen an der Volkskongressbewegung eintraten — an jener Bewegung, die von unten das zu erreichen suchte, was „oben“, also auf der Ebene der Parteiführungen und Länderregierungen, nicht gelungen war.

Die Repräsentanten dieser patriotischen und demokratischen Kräfte in der CDU arbeiteten in den Kreis- und Landesvolksausschüssen aktiv mit. Dem Deutschen Volksrat gehörten damals so bekannte Politiker der CDU an wie Otto Nuschke, Dr. Reinhold Lobedan, der heutige Vorsitzende der CDU August Bach, der heutige Generalsekretär der CDU Gerald Götting, Luitpold Steidle, Hans-Paul Ganter-Gilmans, und weiter Otto Freitag, Dresden, Leopold Becker, Köthen, Professor D. Erich Fascher, damals Halle, August Hillebrandt, Arnold Gohr, Karl Grobbel, Pfarrer Ludwig Kirsch, Karl Lukits und Annerose Zibolsky.⁷¹⁾

Indem Kaiser und seine Freunde der Volkskongressbewegung ihre Mitarbeit versagten, entlarvten sie sich selbst und ihre „nationale Politik“, die eben in Wahrheit nur den Kräften des Großbürgertums und der Junker, der westdeutschen Restauration und der imperialistischen Politik der Spaltung Deutschlands dienen sollte. Das Wesen einer wirklich nationalen Politik der Wiedervereinigung umriß demgegenüber Otto Nuschke in einem Aufsatz in der „Neuen Zeit“ vom 15. Januar 1948 klar und präzise:

„Die Einheit Deutschlands ist die ureigenste Angelegenheit des deutschen Volkes... Ist der Appell an die Massen (wie er in der Volkskongressbewegung laut wurde.

⁶⁹⁾ „Neue Zeit“ vom 8. September 1947.

⁷⁰⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 16. September 1947.

⁷¹⁾ „Deutschlands Stimme“ vom 21. März 1948.

G. W.) in der größten und wichtigsten Lebensfrage unseres Volkes nicht ein demokratisches Unterfangen? Ich wüßte nichts, was man mit mehr Recht für demokratisch ausgeben könnte.“

In einer Rede vor dem Hauptvorstand der CDU am 26. Juni 1951 hat der Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, zur Einschätzung dieser Etappe der Entwicklung der SBZ und unserer Partei folgendes gesagt:

„Es sei mir gestattet, auf einen der entscheidendsten Abschnitte der politischen Entwicklung unserer Partei einzugehen, weil mir die Beurteilung dieses Abschnittes unserer Parteigeschichte von entscheidender Bedeutung für die Klärung aller unsere Parteimitglieder bewegenden Fragen zu sein scheint und wichtige Rückschlüsse auf die Bewältigung der gegenwärtigen Situation zuläßt. Ich meine den Abschnitt des Verrats des damaligen Vorsitzenden unserer Partei, Jakob Kaiser, am Gründungsaufwurf, die Kapitulation Kaisers vor dem Willen und den Plänen der anglo-amerikanischen Imperialisten, seine Absicht, die CDU auf den Weg gegen unsere nationalen Interessen, auf den Weg der Kriegsvorbereitung zu führen.“

Man darf nicht übersehen, daß dieser gegen die Politik des antifaschistisch-demokratischen Blocks gerichtete Schritt Jakob Kaisers zur gleichen Zeit erfolgte, als in Italien und Frankreich die kommunistischen Parteien, die tragenden Kräfte der Widerstandsbewegung dieser Völker und die stärksten Parteien dieser Länder, durch parlamentarische Mätzchen aus den Regierungen hinausmanövriert wurden. Jakob Kaiser hatte also die Absicht, den seit 1945 von allen demokratischen Kräften unseres Volkes gemeinsam beschrittenen Weg zu einem neuen Deutschland und, wie es im Gründungsaufwurf unserer Partei heißt, zu einer ‚neuen Demokratie‘ zu verlassen und die Blockpolitik der antidemokratischen Kräfte in Europa mit dem anglo-amerikanischen Imperialismus einzugehen, wie sie der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Herr Dr. Adenauer vorexerzierte.

Wenn man die Vorschläge Jakob Kaisers zu einer nationalen Repräsentation, die bekanntlich von der Sozialdemokratischen Partei Dr. Schumachers abgelehnt wurden, betrachtet, wird man nicht umhinkönnen festzustellen, daß eine solche nationale Repräsentation nach dem Willen Kaisers lediglich der Vereinigung der antidemokratischen und letzten Endes antinationalen Kräfte Westdeutschlands mit denen Ostdeutschlands, freilich unter Hinzuziehung der nach vorn strebenden Kräfte unseres Volkes im Osten dienen sollte. So ist denn auch nicht verwunderlich, daß Jakob Kaiser in dem Augenblick, als die Verwirklichung seiner Pläne endgültig gescheitert war, die Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu der Einberufung eines Volkskongresses kategorisch ablehnte.

So wie alle patriotischen und demokratischen Kräfte in unserem Volke waren auch die nach vorn strebenden, im Sinne des Gründungsaufwurfs handelnden christlichen Demokraten der Überzeugung, daß dieser Volkskongreß in der Tat das einzig mögliche und das einzig richtige Instrument zur Herstellung der deutschen Einheit sei. Sie erinnern sich alle der entscheidungsreichen Tage im Dezember 1947, als die demokratischen Kräfte unserer Partei Jakob Kaiser und die ihn in das Schlepptau der amerikanischen Imperialisten ziehende Clique um ihn, insbesondere die Frau Dr. Neben, zum Rücktritt zwangen und ein neues Führungsgremium unserer Partei schufen, das die Christlich-Demokratische Union zur Verwirklichung ihres Gründungsaufwurfs und zugleich in die Reihe aller demokratischen Kräfte unseres Volkes zurückführte.“⁷²⁾

Diese Darlegungen zusammenfassend muß man unterstreichen, was in These III des Politbüros des ZK der SED zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR über diesen Zeitabschnitt ausgeführt wird (Beilage des „Neuen Deutschland“ vom 25. August 1959, Seite 6):

„Die Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, die sich ohne Bürgerkrieg auf friedlichem Wege unter Ausnutzung parlamentarischer Einrichtungen vollzog, war eine Zeit harten Klassenkampfes. Der antifaschistisch-demokratische Aufbau aus eigener Kraft stieß auf den erbitterten Widerstand der vereinten Kräfte der deutschen Reaktion und ihrer amerikanischen, englischen und französischen Bundesgenossen. Die Feinde des Volkes stützten sich hierbei auf solche Reaktionäre wie Kaiser, Lemmer, Hermes, Friedensburg, Koch und andere, die in den Verwaltungsorganen und Länderparlamenten saßen und auf die Führung der bürgerlichen Blockparteien keinen geringen Einfluß hatten. In scharfen Auseinandersetzungen konnten diese antidemokratischen Elemente immer mehr isoliert werden. Der Reaktion gelang es zu keinem Zeitpunkt, den antifaschistisch-demokratischen Block zu sprengen oder auch nur zu lähmen. Dies war das große Verdienst der marxistischen Partei der Arbeiterklasse, die mit Unterstützung der demokratischen bürgerlichen Politiker eine umsichtige Politik der Sammlung aller patriotischen, friedliebenden und antiimperialistischen Kräfte der Nation betrieb.“

⁷²⁾ „Union teilt mit“, Heft 8/1951, Seite 14 ff.

Die politische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone ist in den Jahren 1948 und 1949 insbesondere von zwei Faktoren gekennzeichnet:

1. von der Fortsetzung des gesellschaftlichen Neuordnungsprozesses, insbesondere durch die Entwicklung der ersten Wirtschaftspläne, und

2. von den Bemühungen um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischem Wege.

Zugleich sind diese beiden Jahre von der Herausbildung einer Tatsache bestimmt, die außerordentlich folgenreich für die rasche Festigung der neuen gesellschaftlichen Ordnung im Osten Deutschlands sein mußte: nämlich von der Entwicklung eines elementaren Arbeits-Enthusiasmus, der sich in der Aktivistenbewegung ausdrückte und die Voraussetzungen für unseren „Weg nach oben“ schuf. Anna Seghers hat dem in ihrem großen Roman „Die Entscheidung“ in eindrücklicher Weise Ausdruck verliehen; sie hat in diesem Buch die Atmosphäre und den Geist dieser Zeit hervorragend einzufangen vermocht.

In jener Zeit konnte auch die Partei der Arbeiterklasse — aufbauend auf diesen objektiven Gegebenheiten — einen Schritt in ihrer Entwicklung weitergehen: sie wurde zur Partei neuen Typus. Darin drücken sich die politischen und ideologischen Konsequenzen aus der bedeutungsvollen, den geschichtlichen Weg unseres Volkes verändernden Einigung der Arbeiterbewegung im Jahre 1946 aus.

In den Thesen III bzw. IV des Politbüros des ZK der SED zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR heißt es dazu:

„Im Kampf um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und gegen die antinationale Spaltungspolitik, die in den Westzonen betrieben wurde, entwickelte sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei. In kameradschaftlichen ideologischen Auseinandersetzungen und im Kampf gegen die revisionistische Theorie vom sogenannten deutschen Weg zum Sozialismus bildete sich allmählich auf der Grundlage der organisatorischen Einheit die politisch-ideologische Einheit der Partei heraus. Durch ihren unbeirraren Kampf für die Lebensinteressen der Werktätigen festigte sich das Vertrauen der Volksmassen zur Partei, wurde sie befähigt, die antifaschistisch-demokratische Umwälzung an der Spitze der Arbeiterklasse und der Werktätigen konsequent zu Ende zu führen.“

„Auf Initiative der SED entstand Ende 1947 als Antwort auf die Spaltungspolitik der Westmächte und der westdeutschen Reaktion die Bewegung des Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, zu der sich Vertreter aller Parteien und Glaubensbekenntnisse, Angehörige aller Schichten der Bevölkerung aus ganz Deutschland zusammenschlossen. Die Volkskongressbewegung arbeitete den Standpunkt des deutschen Volkes zur Lösung der deutschen Frage durch Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Herstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage aus. Aber das Zusammenspiel der imperialistischen Besatzungsmächte und der deutschen Reaktion, gedeckt durch die Spaltungspolitik rechter sozialdemokratischer Führer, unterband die demokratische Entwicklung Westdeutschlands. Weil die Arbeiterklasse in Westdeutschland nicht einheitlich handelte und die antifaschistisch-demokratischen Kräfte zersplittert waren, konnte die völlige wirtschaftliche und schließlich auch staatliche Spaltung Deutschlands durch die reaktionären Kräfte der Adenauer-CDU und die ausländischen Imperialisten nicht verhindert werden.“

Wie ist nun die Rolle unserer Partei in diesem Zeitabschnitt zu beurteilen?

Der Unterschied zwischen der Lage der CDU nach der Entfernung von Dr. Hermes und Dr. Schreiber aus der Parteiführung und nach der von Kaiser und Lemmer bestand darin, daß nunmehr Ende 1947, Anfang 1948 zum erstenmal die Repräsentanten der fortschrittlichen Kräfte in der CDU an die Spitze der Partei traten, und zwar Otto Nuschke, Dr. Reinhold Lobedan, Luitpold Steidle und Hans-Paul Ganter-Gilmans, um nur die bekanntesten zu nennen. Auch in der jüngeren Generation traten fortschrittliche Kräfte weiter nach vorn, so einer der damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Sachsen-Anhalts, Gerald Götting. Dennoch hatten starke reaktionäre Kräfte immer noch entscheidende Schlüsselpositionen in der Hand, insbesondere in den Landtagsfraktionen und in den Länderministerien. Die Aktivität der reaktionären Kräfte in der CDU verlagerte sich demgemäß auf die Landesvorstände, auf die Fraktionen der Landtage sowie auf die ständigen Ausschüsse beim Zonenvorstand.

Die Politik der CDU in den Jahren 1948/49 war zwiespältig. Einerseits unterstützten die Parteiorganisationen die Tätigkeit der Volkskongressbewegung und die Verwirklichung jener grundlegenden ökonomischen Reformen in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, die der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung dienten.

Darin kam zum Ausdruck, daß die Reaktion auf ökonomischem Gebiet durch die Schaffung des Volkseigentums entscheidend geschlagen war. Andererseits gab es dennoch Bestrebungen in der CDU, möglichst erfolgreich Rückzugsgelände für das ökonomisch geschlagene Großbürgertum und für die Großgrundbesitzer zu führen. Dabei taten sich vor allem jene Politiker in der CDU hervor, die als Konzernvertreter noch nicht entlarvt worden waren, wie zum Beispiel der sächsische Finanzminister Rohner, der von 1925 bis 1945 Vertreter des Flick-Konzerns in Dresden, Chemnitz und Berlin war⁷³⁾, der mecklenburgische Wirtschaftsminister Dr. Witte, Repräsentant der Firma Friedrich Witte und spanischer Konsul seit dem Jahre 1923⁷⁴⁾, und der Sozialminister von Sachsen-Anhalt, Dr. Leo Herwegen, der Beziehungen zum Solvay-Konzern unterhielt. Die Politik dieser Konzernvertreter lief vor allem auf eine scharfe Frontstellung gegen die Deutsche Wirtschaftskommission hinaus.⁷⁵⁾

Die Politik der Reaktion in der CDU hatte damals drei Stoßrichtungen:

Erstens: Scharfer innerparteilicher Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte in der Führung der CDU, insbesondere gegen Otto Nuschke. Diese Tatsache kam noch auf dem 3. Parteitag 1948 in Erfurt sehr betont in immer wieder erneuerten Mißfallenskundgebungen gegen Otto Nuschke zum Ausdruck.

Zweitens: Orientierung aller reaktionären Kräfte der Partei auf die Agitation für die Durchführung von Neuwahlen zu den Landtagen, Kreistagen und örtlichen Gemeindevertretungen im Jahre 1948. Schon im November 1947 war eine detaillierte Ausarbeitung über die „Chancen

⁷³⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 17. Februar 1950.

⁷⁴⁾ „Der Demokrat“ Nr. 27/1950.

⁷⁵⁾ Charakteristisch dafür ist das am 29. Juli 1948 auf einer Sitzung des Zonenvorstands beschlossene Wirtschafts- und Sozialprogramm, das eine Art privatkapitalistisches Gegenprogramm gegen den Entwurf des Zweijahrplans darstellte. Zur Begründung dieses Programms führte der damalige mecklenburgische Wirtschaftsminister Dr. Witte u. a. aus: „Wenn wir zu dem vorgelegten SED-Plan erhebliche Bedenken anmelden haben, so liegen diese in drei Richtungen: 1. in dem von Ulbricht ausdrücklich hervorgehobenen klassenkämpferischen Charakter dieses Planes (Zurufe: Sehr richtig!); 2. in der einseitigen Blickrichtung des Planes, der die Probleme ausschließlich vom Standpunkt des Lohnarbeiters in der Großindustrie betrachtet (Zurufe: Sehr richtig!); 3. in der Anmaßung der SED, ihre Forderungen und Vorschläge als den Plan des gesamten Volkes darzustellen. Wir sind der Meinung, daß der Wirtschaftsplan nicht die Aufgabe hat, den Klassenkampf voranzutreiben. (Zurufe: Sehr gut!)“ (Zitiert nach „Neue Zeit“ vom 31. Juli 1948.)

der CDU bei Neuwahlen 1948“⁷⁶⁾ hergestellt worden. Allgemein hofften die reaktionären Kräfte in der CDU, durch Demagogie und durch die Unterstützung der westdeutschen Reaktion einen „Wahlsieg“ zu erreichen, um damit jene Ziele verwirklichen zu können, die im offenen konterrevolutionären Kampf 1945 und 1946 und die auf dem Umweg über die Wiedervereinigungspolitik 1947 nicht hatten realisiert werden können.

Drittens: War die Reaktion auf ökonomischem Gebiet geschlagen und hatte sie selbst auch politisch-parlamentarisch schon entscheidende Niederlagen eingesteckt, so entfaltete sie eine um so ungehemmtere Aktivität auf kulturpolitischem Gebiet. Die Jahre 1948 und 1949 sind von einer emsigen Tätigkeit gewisser „Kulturpolitiker“ der CDU gekennzeichnet, die Schulreform, ihre Verwirklichung und ihre Festigung, aufzuhalten. Außerdem richteten sich immer wieder aggressive Vorstöße dieser reaktionären Kulturpolitiker, wie Professor Hickmann, Dresden, und Dr. Peter Bloch, Potsdam bzw. Klein-Machnow, gegen die Demokratisierung unserer Hochschulen.

Höhepunkt der Aktivität der kulturpolitischen Reaktion war die Kulturtagung der CDU vom 24. bis 26. Juni 1949 in Eisenach. Auf dieser Kulturtagung entwickelte zwar Otto Nuschke in seiner Begrüßungsansprache eine klare und fortschrittliche Konzeption der Kulturpolitik der CDU, indem er die Kulturverordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission analysierte und für ihre Verwirklichung die Unterstützung der CDU zusagte. Gleichzeitig wurde aber auf dieser Tagung ein „Geschichtsbild der Union“ entwickelt, das im wesentlichen der Abendland-Ideologie der klerikalen Reaktion entsprach. Das grundlegende Referat über dieses Thema hielt der damalige katholische Dozent an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, Dr. Buchheim (heute Professor an der Technischen Hochschule München), der dort vor allem die „Einheit der europäischen Weltgeschichte“ analysierte und unterstrich.⁷⁷⁾ Das Referat Buchheims schloß mit den charakteristischen Bemerkungen, daß

„Grillparzer angesichts der nationalen Entwicklung des 19. Jahrhunderts mit Bitternis prophezeit hat, der Fortschritt dieser Dinge werde von der Humanität über die Nationalität hinausführen zur — Bestialität“.

⁷⁶⁾ Historisches Archiv der Partelleitung der CDU, Nr. 280.

⁷⁷⁾ „Neue Zeit“ vom 26. Juni 1949.

Aus diesen ideologischen Konzeptionen wurden Schlußfolgerungen für die aktuelle Kulturpolitik gezogen, die vor allem auf die Zerschlagung des einheitlichen Schulsystems hinauslaufen sollten. Es wurde zwar pathetisch verkündet:

„Die CDU steht zur Einheitsschule.“ Es wurde aber gleichzeitig hinzugefügt:

„Die Einrichtung privater Schulen als notwendige Ergänzung ist nicht ausgeschlossen, soweit die öffentliche Schule berechnete Erziehungsbedürfnisse nicht berücksichtigt.“⁷⁵⁾

Außerdem wurde die Forderung nach der Auflösung der achtjährigen Grundschule und ihrer Ersetzung durch eine sechsjährige Grundschule gestellt. Auch die Koedukation wurde abgelehnt.

Es kommt hinzu, daß die reaktionären Kräfte in unserer Partei in der Phase der politischen Entwicklung 1948/49 die Einnahme einer klaren Position zur Frage der Oder-Neiße-Grenze verhinderten. Diese Frage war bekanntlich schon sehr früh Gegenstand des kalten Krieges gegen die fortschrittlichen Kräfte geworden, und die reaktionären Führer der CDU hatten von Anfang an gegen die Oder-Neiße-Grenze Stellung bezogen. So erhielt Professor Hickmann, der damalige Landesvorsitzende der sächsischen CDU, von einer Frau Christa Fritsch, Reinhardsgrimma bei Dresden, unter dem 10. Oktober 1946 einen Brief, in dem revisionistische Forderungen enthalten waren. Dieser Frau Fritsch schrieb Professor Hickmann unter dem 30. Oktober 1946:

„Zu Ihrem leider verspätet eingegangenen Schreiben darf ich Ihnen mitteilen, daß Ihr Anliegen von der CDUD in jeder geeigneten Weise vertreten wird. Daß darüber die Öffentlichkeit nicht näher unterrichtet werden kann, ist in den gegebenen Verhältnissen begründet. Halten wir uns an die (bekannte nationalistische. G. W.) Lösung: Immer daran denken und nicht aufhören zu hoffen!“⁷⁶⁾

Es war Luitpold Steidle, der in einem Artikel in der „Berliner Zeitung“ vom 4. Mai 1949 unter der Überschrift „Diesseits, jenseits der Oder-Neiße-Linie“ mit der Klärung dieses entscheidend wichtigen Problems in der CDU begann. Freilich dauerte es bis zum 4. Parteitag im November 1949, bis tatsächlich die Führung unserer Partei sich zu einer klaren Entscheidung in dieser Frage durchrang.

⁷⁵⁾ „Neue Zeit“ vom 26. Juni 1949.

⁷⁶⁾ Mappe mit der Korrespondenz von Professor Hickmann 1945 bis 1947, Archiv des Bezirksverbandes Dresden der CDU, nicht nummeriert.

Ähnlich verhielt es sich mit der Haltung der reaktionären Kräfte in unserer Partei zur Gründung des DFD. Am 29. Juli 1948 hatte sich Otto Nuschke in einer Rede vor dem erweiterten Zonenvorstand der CDU für den DFD eingesetzt.⁸⁰⁾ Daraufhin erhielt Otto Nuschke von der Vorsitzenden der Zonen-Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU, Frau Dr. Ilse Schmidt, einen Brief in dem klipp und klar erklärt wurde:

„Die Frauenarbeitsgemeinschaft kann diese von Ihnen vertretene Auffassung, soweit es sich um die Mitarbeit der Frauen der CDU im Demokratischen Frauenbund Deutschlands handelt, nicht teilen... In wiederholten eingehenden Aussprachen hat daher die Frauenarbeitsgemeinschaft beschlossen, es bei dem Beschluß vom 17. Juni 1947 (keine offizielle Beteiligung am DFD. G. W.) zu belassen und das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die parteipolitische Schulung und Weiterbildung der Frauen in der CDU zu legen.“⁸¹⁾

Diese Momente der reaktionären Haltung führender Kreise der CDU und zahlreicher Parteiorganisationen (man denke nur an die dramatische erweiterte Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Brandenburg am 9. Februar 1949 in Potsdam)⁸²⁾ hatten ihren Kern in der Frontstellung gegen die Politik der Partei der Arbeiterklasse, die im Sommer 1948 dazu übergegangen war, in Übereinstimmung mit dem Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone und mit den Interessen der Arbeiterklasse die zweite Phase der volksdemokratischen Revolution einzuleiten. Die Frontstellung gegen die SED wurde noch schärfer nach der 1. Parteikonferenz der SED zu Beginn des Jahres 1949.⁸³⁾ Das Wesen der Politik dieser restaurativen Kräfte in der CDU bestand in dem Versuch, gestützt auf Kreise der westdeutschen CDU, eine konterrevolutionäre Politik zu betreiben, die sich auf alle

⁸⁰⁾ „Neue Zeit“ vom 18. August 1949.

⁸¹⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Nr. 353.

⁸²⁾ „Märkische Union“ vom 11. Februar 1949.

⁸³⁾ Es kann nicht übersehen werden, daß für diese Haltung reaktionärer Kräfte in der CDU auch das Exkommunikationsdekret des Vatikans vom April 1949 und die erste ausgesprochene Kampfansage gegen die neue gesellschaftliche Ordnung in der SBZ durch Bischof Dibelius in seiner Predigt in der Pfingstwoche 1949 in der Potsdamer Friedenskirche eine Rolle spielten. Durch die Bildung der NATO Anfang 1949 trat der kalte Krieg in ein neues Stadium, das kirchenpolitisch — schon damals! — von der Formierung des NATO-Flügels in den großen Kirchen charakterisiert wird. — Der Potsdamer Predigt von Dibelius folgte ein mit dieser Predigt übereinstimmendes Rundschreiben an die Gemeinden der Berlin-Brandenburgischen Kirche. (Vergl. „Der Tagespiegel“ vom 7. Juni 1949.)

Ebenen des gesellschaftlichen Lebens in der damaligen SBZ und auf die Haltung der Partei auch in der nationalen Frage auswirken sollte.⁸⁴⁾

Freilich waren diese Kräfte in der CDU nicht mehr so stark wie früher. Jetzt begannen sich in stärkerem Maße die fortschrittlichen Kräfte zu sammeln und im Geiste des Gründungsaufrufs die Partei auf die Unterstützung des Prozesses der gesellschaftlichen Neuordnung zu orientieren. So veröffentlichte am 7. Mai 1949 der damalige Bürgermeister von Aue, Magnus Dedek, in der Dresdner CDU-Zeitung „Die Union“ einen im Blick auf die Wahlen zum Volkskongreß geschriebenen Artikel, der für die damalige Situation in der CDU charakteristisch war und der um so wichtiger ist angesichts der Bedeutung, die diese Wahlen für den Prozeß der Gründung der DDR hatten. Es heißt dort:

„Es gibt wohl kaum eine erhabener Aufgabe, als hier mit heißem Herzen mitzuwirken und Streiter für den Frieden zu werden... Unser Zonenvorsitzender Otto Nuschke, der als Delegationsführer die deutsche Nation auf der

⁸⁴⁾ Wie die Wahlen des 14. August 1949 in den Westzonen von der Reaktion in der CDU eingeschätzt wurden, geht aus folgendem Auszug aus dem Protokoll der Fraktion der CDU im brandenburgischen Landtag vom 14. September 1949 (Historisches Archiv der Parteilieferung der CDU, unregistriertes Material, Protokoll Seite 2) hervor. Dort heißt es: „Da trotz der klaren Stellungnahme, die die Fraktion in einem Schreiben vom 10. Juni 1949 zu dem Thema ‚Entschließungen‘ allen Fraktionen des Landtages bekanntgegeben hat, die SED ihre Produktion an gemeinsamen Entschließungen noch nicht eingestellt hat und auch die heutige Landtagssitzung mit einer Resolution zu krönen wünscht, muß sich die Fraktion wieder mit dieser Frage befassen. Es handelt sich hier um eine Entschließung, in der der Landtag des Landes Brandenburg gegen die Wahlen zum westdeutschen Bundestag und die vom Bundestag zu wählende westdeutsche Regierung wütel. Herr Heller teilt mit, daß Herr Leps (vom Fraktionsvorstand der SED, G. W.) auf dem Standpunkt stehe, daß die Wahlen in Westdeutschland auch den Protest des Landes Brandenburg herausforderten. Um 12 Uhr soll nun eine gemeinsame Besprechung hierzu stattfinden. Herr Heller liest den Entwurf vor und stellt ihn zur Diskussion. Die Fraktion äußert sich dagegen, daß hier bei der ersten Gelegenheit schon wieder von ihrem zur Frage der Entschließungen schriftlich festgelegten Standpunkt abgegangen werden soll. Es ist nun die Frage, ob die Fraktion sich auf ein Kompromiß einläßt. Die Fraktionsmitglieder sind der Ansicht, daß die Art und Weise, wie in unserem Lande gegen Bonn Stellung genommen wird, unklug und unparlamentarisch ist.“

Die obige Feststellung gilt natürlich nicht für die nationale Politik der fortschrittlichen Kräfte in der CDU. Im Gegenteil: es muß mit besonderem Nachdruck die Tatsache hervorgehoben werden, daß Otto Nuschke Anfang März 1949 Dr. Adenauer und andere Politiker der Westzonen-CDU aufsuchte und sie vor der Bildung des westdeutschen Separat-Staates warnte. (Vgl. „Der Tagesspiegel“ vom 3. März 1949.)

Pariser Konferenz (gemeint ist der Gründungskongreß der Weltfriedensbewegung im April 1949 in Paris, G. W.) vertreten hat, ist uns allen ein leuchtendes Beispiel und Vorbild. Aber, und das müssen wir mit Besorgnis feststellen, es gibt in unseren Reihen Kreise, die sich sehr passiv halten. Sie kennen nicht die offene Begeisterung, die heute durch das deutsche Volk braust, oder sie wollen sie nicht sehen. Sie beteiligen sich nur zögernd und zaudernd in der Volkskongreßbewegung, ja sie stehen ihr zum Teil ablehnend gegenüber. Während die fortschrittlichen Kräfte unserer Union sich unzweideutig für das Lager des Friedens Seite an Seite mit den Völkern der Sowjetunion und den Volksdemokratien entschieden haben, so scheint jenen Kreisen eine klare Stellungnahme mehr als unbehaglich. Sie sprechen fortwährend von einer deutschen Neutralitätspolitik, liebäugeln nach allen Seiten, gebrauchen nur Lippenbekenntnisse des Friedens und wollen es dabei mit niemandem verderben. Sie wollen bewußt nicht erkennen, wir... die politische Landkarte Europas betrachten, dann daß die Welt in zwei große Lager gespalten ist... Wenn dürfte es wohl keinen Zweifel geben, wo das deutsche Volk zu stehen hat! Jedenfalls haben wir ein Recht auf unser Leben, und da gibt es keine Neutralität, sondern nur ein gemeinsames Schreiten in der großen Friedensfront. Wer hierbei Zurückhaltung übt, wer in seinem Bekenntnis zögert, ja, wer sich mit leisen Redensarten herauszuwinden versucht, der hemmt nicht nur die fortschrittlichen Kräfte in unseren Reihen, sondern leistet letzten Endes den Feinden des Friedens Vorschub und ermutigt sie geradezu.“

Diese Erklärung von Magnus Dedek, die sich eindeutig gegen die Politik Hickmanns und anderer reaktionärer Kreise richtete, konnte nur unter dem Druck der fortschrittlichen Kräfte in der Dresdner CDU-Zeitung abgedruckt werden.⁸⁵⁾ Der Artikel von Dedek war zugleich aber auch ein Zeichen dafür, daß die fortschrittlichen Kräfte in der CDU nicht länger bereit waren, Doppelzüngigkeit und Zweideutigkeit in der CDU zu dulden — Doppelzüngigkeit und Zweideutigkeit, wie sie Dr. Peter Bloch in klassischer Weise in seinem Leitartikel „Eigenständigkeit“ in der „Märkischen Union“ vom 23. Juli 1948 beschrieben hatte:

„Die Kritiker (gemeint sind die westlichen Kritiker der CDU, G. W.) sollten weniger auf die großen Worte in der uns nur dürftig zur Verfügung stehenden Presse lauschen, als mehr auf den kaum sichtbaren, aber desto intensiver geführten politischen Tageskampf achten. Sie würden Achtung bekommen. Und das wäre der Anfang des Verstehens.“

⁸⁵⁾ Diese Feststellung kann nach dem schon erwähnten undatierten Aktenvermerk von Magnus Dedek, Archiv des Bezirksvorstandes Dresden der CDU, belegt werden.

Der Höhepunkt dieses „Verstehens“ war mit dem Datum des 14. August 1949 verknüpft, das heißt mit dem Datum der westdeutschen Separatwahlen. Für viele reaktionäre Führer der CDU in der damaligen SBZ war der Sieg der West-CDU in den Bundtagswahlen zugleich ein Sieg für sie, ein Triumph dieses „Verstehens“. Sie meinten, mit einer von der West-CDU geführten Bundesrepublik nunmehr endlich ihr Ziel, die Liquidierung der fortschrittlichen Errungenschaften in der SBZ, erreichen zu können.

Man muß diese innere Situation in der CDU in der damaligen sowjetischen Besatzungszone kennen, um zu verstehen, wie sich die Partei zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik verhielt.

Im September 1949 gab es lebhaftere Diskussionen, wie in der gesamten Öffentlichkeit, so auch in der CDU darüber, welche Schlußfolgerungen aus den westdeutschen Separatwahlen und aus der Gründung der Bundesrepublik gezogen werden mußten. Es ist typisch für die innerparteiliche Situation in der CDU, daß eine abwartende Haltung und Sympathie für Adenauer gepredigt wurden. In dieser Situation erhielt die besonders von Professor Hickmann vertretene Theorie der Neutralisierung ihre eigentliche gefährliche Spitze. Mitte September hielt Professor Hickmann einen Vortrag vor dem erweiterten Landesvorstand der CDU Sachsens, in dem er sagte:

„Wenn nun aber dieser Staat (gemeint ist die westdeutsche Bundesrepublik. G. W.) einmal eine geschichtliche Wirklichkeit geworden ist, so müssen wir wünschen, daß unsere Freunde (gemeint sind offenbar die Führer der westdeutschen CDU. G. W.) den Gedanken der Einheit Deutschlands niemals aus dem Auge verlieren und der separate Weststaat nur ein Provisorium ist.“⁸⁶⁾

Weiter führte Professor Hickmann aus:

„Welchen Weg sollen wir nun in der Zukunft gehen? Soll jetzt im Hinblick auf den Weststaat in unserer Zone der Oststaat aufgerichtet werden? Diese Frage liegt selbstverständlich nahe. Darauf ist zu antworten: das hängt nicht von uns allein ab. Wir wissen noch nicht, welcher Weg gewählt wird, aber so viel ist sicher, daß die Errichtung des Weststaates durchaus noch keine Nötigung zur Errichtung eines Oststaates ist.“⁸⁷⁾

Anstatt also eine klare nationale und fortschrittliche Antwort auf die Spaltungspolitik des Westens zu fordern, phantasierte Professor Hickmann vom „Provisorium“ der Bundesrepublik, forderte er die Wehrlosigkeit der fortschrittlichen Kräfte in der SBZ und stellte erneut die For-

derung nach „Neuwahlen“ auf. Was Hickmann in Sachsen artikulierte, forderten reaktionäre Führer in den anderen Landesverbänden in gleicher Weise.

Unter diesen Umständen hatten die fortschrittlichen Kräfte in der CDU unter Führung Otto Nuschkes einen harten Kampf auszufechten, um diese Tendenzen in der Partei zurückzudrängen und die echten nationalen und fortschrittlichen Willenskundgebungen auch der einfachen Mitglieder der CDU für die Politik der Parteiführung konstituierend zu machen. Otto Nuschke hatte damals persönlich einen hohen Anteil an der Durchsetzung dieser klaren nationalen und fortschrittlichen Linie in der CDU. Er sprach Anfang Oktober nicht nur vor dem Hauptvorstand und vor allen Kreisvorsitzenden, die zu einer Beratung nach Berlin geladen wurden.⁸⁸⁾ Nein, er sprach auf einer Parteiversammlung und öffentlichen Kundgebung nach der anderen, und er konnte, wie er dem Verfasser dieser Zeilen nach einer Kundgebung in Belgig am 4. Oktober 1949 selbst sagte, immer wieder die Überzeugung mit nach Berlin nehmen, daß der Weg der patriotischen und fortschrittlichen Kräfte, daß sein Weg der richtige sei.

An der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik hatten die Organisationen der CDU durch die klare Orientierung, die ihnen durch den Hauptvorstand und durch Otto Nuschke persönlich gegeben worden war, einen hohen Anteil. Die Haltung dieser Organisationen und der einfachen Mitglieder der CDU wird klar widergespiegelt durch eine Äußerung des bekannten damaligen Oberbürgermeisters von Weimar, Buchterkirchen, der heute ein führender Handwerkerfunktionär ist. Er sagte:

„Das deutsche Volk will nicht, daß durch ein zerrissenes Deutschland der Friede Europas und der Welt gefährdet wird. Angesichts der imperialistischen Machenschaften erhebt das deutsche Volk verstärkt die Forderung, eine gesamtdeutsche demokratische Regierung mit Sitz in der Hauptstadt Berlin zu bilden.“⁸⁹⁾

Gleichzeitig meinten aber auch die reaktionären Kräfte, von neuem Morgenluft wittern zu können. Sowohl in zahlreichen Fraktionssitzungen der Landtagsfraktionen und in Sitzungen der Volkskammerfraktion im November und Dezember 1949 als auch auf dem 4. Parteitag der CDU in Leipzig vom 12. bis 14. November wurde nunmehr die neue Linie der reaktionären Kräfte ausgearbeitet — eine Konzeption freilich, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war und unter die die zu Eingang dieser Arbeit zitierte Entschließung vom 28. Januar 1950 den endgültigen Schlußstrich zog. Es war der damalige Fraktionsvorsitzende

⁸⁶⁾ „Die Union“ vom 17. September 1949.

⁸⁷⁾ ebenda.

⁸⁸⁾ Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Protokoll des 4. Parteitages der CDU, Seite 36.

⁸⁹⁾ „Neue Zeit“ vom 5. Oktober 1949.

der CDU-Fraktion in der Volkskammer, der Konzernvertreter Gerhard Rohner, der dieser Linie in der Diskussion des 4. Parteitages klarsten Ausdruck verlieh:

„Durch die Bildung der Volkskammer als höchstes Organ in der DDR ist den Fraktionen die Möglichkeit gegeben, auf parlamentarischer Basis in das politische Geschehen unserer Zeit einzugreifen und es somit nach gegebenen Möglichkeiten auch nach ihren Grundsätzen zu beeinflussen.“⁹⁰⁾

Also nicht die Gründung des Arbeiter-und-Bauern-Staates, nicht die Fortsetzung des gesellschaftlichen Neuordnungsprozesses war für Herrn Rohner das entscheidende Moment der Gründung der DDR, sondern die Bildung einer parlamentarischen Republik, das heißt also mit anderen Worten: die Rückbildung der DDR in einen bürgerlichen Staat⁹¹⁾, in einen bürgerlichen Staat zudem, der an die westdeutsche „Bundesrepublik“ angeschlossen werden kann. Denn an anderer Stelle seines Referats hatte er davon gesprochen, daß man nach dem Westen „alle Türen offenhalten“ solle.

Freilich: Rohner und seine reaktionären Freunde isolierten sich mit solchen politischen Tendenzen von dem Kampf der fortschrittlichen Kräfte in der CDU, wie er vor allem in den Reden Otto Nuschkes, Luitpold Steidles, Gerald Göttings und August Hillebrandts auf diesem 4. Parteitag der CDU zum Ausdruck kam. Gerald Götting, der neugewählte Generalsekretär der CDU, erklärte klipp und klar:

⁹⁰⁾ Historisches Archiv der Partelleitung der CDU, Protokoll des 4. Parteitages der CDU, Seite 102.

⁹¹⁾ Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Berufung der reaktionären Kräfte auf die Verfassung der DDR, bei deren Ausarbeitung einige der Exponenten der Reaktion sich in den Verfassungsausschuß des Volksrates eingeschlichen hatten. Sie meinten, sie hätten in die Verfassung solche Klauseln hineingebracht, die ihnen jetzt die Rückbildung der DDR in einen bürgerlichen Staat erleichterten. Typisch für diese Haltung ist eine Äußerung des früheren Staatssekretärs F. Schleusener, eines reaktionären Führers der brandenburgischen CDU, in der „Märkischen Union“ vom 14. Oktober 1949 mit der Überschrift „Selbstbestimmung“. Dort heißt es: „Der Beschluß (des Volksrats, G. W.) bedeutet die Verwandlung der Ostzone in ein Staatswesen mit eigener Verantwortlichkeit. Diese Tatsache allein rechtfertigt eine bejahende Entscheidung. Das muß weitreichende Folgen auch nach innen haben. Damit müssen auch die Grundsätze der Verfassung Wahrheit werden, die Gewährleistung der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung, des Eigentums und der anderen Grundrechte, die nach fortschrittlicher Auffassung für das lebenswürdige Dasein eines Kulturmenschen selbstverständlich sind. Verwaltungswillkür muß Rechtssicherheit und Ordnung weichen. Der Wert der Leistung muß wieder zur Geltung kommen... Ein äußeres Zeichen dafür ist auch, daß die DWK und die Zentralverwaltungen verschwinden, daß also absolutistisch arbeitende Einrichtungen durch eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende verantwortliche Regierung ersetzt werden.“

„Schon zeigt sich eine tiefgehende Umwandlung, ein neues Zeitalter wirft seine Schatten voraus, in dem nicht mehr das Ich in seiner ichbezogenen Isolierung, sondern das Wir als eine ethische Großmacht bestimmend sein wird... Diese neuen Formen müssen sich im gesamten gesellschaftlichen Leben entwickeln. Sozialismus ist nicht nur ein Anliegen der Wirtschaft, das wäre ein entscheidender Irrtum. Unser Sozialismus als eine ethische Grundhaltung wirkt in allen Lebensbereichen. So haben wir z. B. im Gebiet der Politik neue Formen der Blockarbeit, einer Blockpolitik, wo das Nebeneinander klar zu erkennen sein muß, wo aber nicht mehr das Ich einer Partei entscheidend sein darf, sondern das Wir des Volkes. Und das setzt sich fort vom Ich des Volkes zum Wir der Völker. Wenn diese angedeutete Grundrichtung Bestandteil einer sozialistischen Politik ist, dann kann ich Ihnen versichern, daß sich unsere junge Generation mit aller Leidenschaft für eine derartige Politik einsetzen wird. Eben solche sozialistischen Formen müssen in der Wirtschaft erarbeitet werden.“⁹²⁾

Es waren die in solchen Sätzen zum Ausdruck kommenden Auffassungen, von denen die Mehrheit der CDU ausging, als sie sich an der Festigung des neugegründeten Arbeiter-und-Bauern-Staates beteiligte. Es war daher nicht zufällig, daß zu den Trägern des ersten Nationalpreises der Deutschen Demokratischen Republik, der im Jahre 1949 verliehen wurde, der katholische Bergarbeiter Josef Wujciak, ein Funktionär der CDU, gehörte; Wujciak war bei der Durchsetzung der Aktivistenbewegung im Mansfelder Kupferbergbau führend beteiligt.

V.

Die aktive Teilnahme beim Aufbau der DDR und die damit noch verbundenen Auseinandersetzungen mit den reaktionären Kräften in der CDU erforderten eine Verallgemeinerung der in der Zeit zwischen 1945 und 1949 gesammelten Erfahrungen der fortschrittlichen Kräfte in der CDU. Diese Verallgemeinerung wurde in der vom 28. Januar 1950 beschlossenen Erklärung des Politischen Ausschusses der CDU vorgenommen. In dieser Erklärung wurde die Position beschrieben, die die christlichen Demokraten gegenüber dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern in der deutschen Geschichte einzunehmen haben, und gefordert, „daß der christliche Demokrat in der Deutschen Demokratischen Republik seine Republik anerkennt und daß er ihr freudiger Träger, ihr aufmerksamer Wächter und ihr entschlossener Verteidiger ist.“⁹³⁾

⁹²⁾ Historisches Archiv der Partelleitung der CDU, Protokoll des 4. Parteitages der CDU, Seite 117 f.

⁹³⁾ Dokumente der CDU, Berlin 1956, Seite 46.

Mit dieser Erklärung wurde der Anschluß an die fortschrittlichen Elemente des Gründungsaufrufs der CDU erreicht. Dieses Dokument ermöglichte es der CDU zugleich, zusammen mit den anderen demokratischen Kräften die Versuche zurückzuweisen, durch eine Politik der Sabotage und der Störung des Friedens die Liquidierung der demokratischen Errungenschaften in der DDR einzuleiten.

In einem Interview, das Walter Ulbricht Anfang Februar 1950 dem Redaktionskollegium des „Neuen Deutschland“ gab, antwortete er auf die Frage: „Welche Gründe riefen den Kampf gegen die feindlichen Elemente in der jetzigen Situation hervor?“ folgendes:

„Hickmann und seine Freunde glaubten, die Übergabe der Verwaltung von den Sowjetorganen in die Hände der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Kampf um den Abbau der Demokratie, zur Organisierung der reaktionären Kräfte ausnützen zu können. Es kommt hinzu, daß die Spionagezentralen der USA und Englands den Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik stören wollten und deshalb von ihren Agenten und Mitarbeitern eine stärkere organisierte Arbeit fordern. Da die Bonner Verwaltung und ihre amerikanischen Herren unfähig sind, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Krise in Westdeutschland aufzuhalten, suchen sie im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik durch feindliche Propaganda, Sabotageakte, Brandstiftungen usw. die Wirkung unserer Aufbauertolge abzuschwächen.“⁹⁴⁾

In dem gleichen Interview sprach Walter Ulbricht über die Bedeutung der Erklärung der CDU vom 28. Januar 1950 und einer ähnlichen Erklärung der LDP. Er sagte:

„Die Erklärungen beider Parteiführungen bringen den Willen zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit, zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Beendigung der Tätigkeit von Funktionären, die sich als heimtückische Doppelzüngler erwiesen haben, zum Ausdruck. Die Antwort der demokratischen Kräfte auf die Rede von Hickmann zeigt, daß das demokratische Bewußtsein unter den Anhängern der Parteien und Massenorganisationen in der Republik so weit gewachsen ist, daß alle Versuche, die Deutsche Demokratische Republik zu unterminieren, ein für allemal zum Scheitern verurteilt sind. Vor dem ganzen deutschen Volk und allen friedliebenden Kräften ist offenkundig geworden, daß die demokratischen Kräfte das Schicksal Deutschlands in die eigenen Hände genommen haben und niemals wieder die demokratische Staatsmacht aus den Händen geben werden.“⁹⁵⁾

Es ist charakteristisch für die innerparteiliche Situation der CDU in der damaligen Zeit, daß gerade in dem Landesverband, der von der Reaktion zum Avantgardisten des Kampfes gegen den Fortschritt ausersehen war, nämlich im Landesverband Sachsen, sich die fortschrittlichen Kräfte sofort in der Lage zeigten, sich zu formieren und politisch-ideologisch und organisatorisch den Landesverband auf einen neuen Weg zu führen. Diese Tatsache spiegelte sich in den vielen Erklärungen von fortschrittlichen CDU-Mitgliedern und -Funktionären wider, die im Februar 1950 im Dresdner CDU-Organ „Die Union“ abgedruckt worden sind. Hier zeigte sich der Erneuerungsprozeß der CDU, hier zeigte sich die Einheit der fortschrittlichen Kräfte in der CDU von unten nach oben und von oben nach unten. Es ist deshalb kein Zufall, daß unmittelbar mit der Annahme der Erklärung vom 28. Januar 1950 die Tatsache verbunden ist, daß der Führer der fortschrittlichen Kräfte in der sächsischen CDU, Magnus Dedek, der gegen die Stimmen seiner eigenen Fraktion zum stellvertretenden Kreisratsvorsitzenden des Kreises Aue gewählt worden war, Mitte Januar 1950 vom Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, empfangen wurde.⁹⁶⁾ Diese beiden Daten im Januar 1950 sind von großer Bedeutung für den fortschrittlichen Weg der Christlich-Demokratischen Union.

Wie in Sachsen, so konnte auch in den anderen Landesverbänden ein ähnlicher Prozeß der Erneuerung der Partei beobachtet werden. Am langsamsten vollzog sich die Veränderung der innerparteilichen Situation im Landesverband Brandenburg, wo die reaktionären Kräfte erst im Laufe des Monats März aus ihren Führungspositionen entfernt werden konnten, so der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende, Dr. Peter Bloch, der die Gründung der DDR als einen „Staatsstreich“ bezeichnete und in der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion am 10. Oktober 1949 ein „21-Punkte-Programm“ entwickelt hatte, das sogar der reaktionäre Fraktionsvorsitzende Heller zurückweisen mußte.⁹⁷⁾

⁹⁶⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 26. Januar 1950.

⁹⁷⁾ Heller bemerkte nach dem Protokoll dieser Fraktionssitzung: „Als verantwortlicher Fraktionsvorsitzender möchte ich... darum bitten, daß wir manche Stellen, in denen die Gegensätze so furchtbar hart zum Ausdruck kommen, mildern und eine versöhnlichere Stimmung zum Ausdruck bringen.“ Diese Kritik übte ein Mann, der kurz vorher in dieser Fraktionssitzung erklärt hatte, daß im Grunde der einzige „Vorteil der Bildung der DDR“ darin bestehe, daß die „DWK nebst Sekretariat“ aufgelöst würden. (Seite 2 und Seite 7 des Protokolls. In den noch nicht ausgewerteten und registrierten Akten im Historischen Archiv der Parteileitung der CDU.) Das „21-Punkte-Programm“ ist demnach aber jedenfalls nicht so harmlos, wie es Herr Dr. Bloch in einem Brief vom 17. März 1950 hinzustellen beliebt. Leider findet sich dieses Programm nicht in den diesbezüglichen, wenn auch noch nicht ganz ausgewerteten Akten.

⁹⁴⁾ Zitiert nach „Die Union“ vom 4. Februar 1950.

⁹⁵⁾ Zitiert nach „Die Union“ vom 4. Februar 1950.

Durch die Bildung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 3. Februar 1950 und durch die Unterstützung des Programms der Nationalen Front, wie sie von den fortschrittlichen Kräften der CDU sofort ausgesprochen wurde, verband sich der Erneuerungsprozeß innerhalb der CDU mit dem Prozeß der inneren und äußeren Festigung der Deutschen Demokratischen Republik. Indem sich die Christlich-Demokratische Union auf den Geist des Gründungsaufrufs vom 26. Juni 1945 zurückbesann, konnte sie — unter Berücksichtigung der inzwischen geschaffenen sozialen Errungenschaften im Osten Deutschlands — ihrer nationalen und sozialen Verantwortung wieder in vollem Umfange gerecht werden.

Dieser Prozeß der inneren Erneuerung der CDU vollzog sich im Laufe des Jahres 1950 sehr rasch auf zwei Ebenen, und zwar auf der politisch-organisatorischen und auf der politisch-ideologischen.

Was die politisch-organisatorische Erneuerung der Partei betrifft, so spielten in diesem Zusammenhang jene Konferenzen eine besondere Rolle, die die Parteiführung im Frühjahr 1950 einberief. Und zwar handelte es sich dabei um eine Konferenz junger CDU-Funktionäre, die im April 1950 in Leipzig stattfand und vor der Generalsekretär Gerald Götting und der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, referierten. Kurze Zeit darauf fand eine Konferenz der Funktionäre der CDU in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland statt. Durch diese Konferenzen sowie durch die Landesparteitage der CDU im Sommer 1950 wurde die politisch-organisatorische Festigung der erneuerten CDU soweit abgeschlossen, daß auf dem 5. Parteitag der CDU im September 1950 der Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte in der CDU eine feststehende Tatsache geworden war.

In These XIII zur Geschichte der CDU heißt es dazu:

„Der 5. Parteitag war der Triumph der friedliebenden und demokratischen Kräfte in der CDU. Dieser Parteitag schuf Klarheit über die politischen Aufgaben der Partei. Daraus erwuchs eine große politische Aktivität der christlichen Demokraten im Kampf für die Sicherung des Friedens und die Wiederherstellung eines unabhängigen demokratischen Deutschland. Gleichzeitig festigte er die Organisation der Partei.“⁹⁸⁾

Was die Erneuerung der Partei auf politisch-ideologischer Ebene betrifft, so muß hier vor allem auf zwei Tatsachen hingewiesen werden, die Zeugnis dafür sind, daß sich die fortschrittlichen Kräfte in der CDU sowohl über die aktuelle Bedeutung als auch über die historische Perspektive

der Schaffung des Arbeiter-und-Bauern-Staates, oder mit anderen Worten: der Durchführung der zweiten Phase der volksdemokratischen Revolution Klarheit verschafft hatten. Bei diesen beiden Tatsachen handelt es sich erstens um die Rede Otto Nuschkes vor dem 1. Nationalkongreß im August 1950, in der er die gemeinsame Liste der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Volkswahlen zum 15. Oktober 1950 begründete⁹⁹⁾, und zweitens um die Erklärung des Hauptvorstandes der CDU über „Die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, die aus Anlaß des 33. Jahrestages der Oktoberrevolution am 7. November 1950 veröffentlicht wurde.

Diese Erklärung vom 7. November 1950, aufbauend auf der vom 28. Januar 1950, zog einerseits einen Schlußstrich unter die Demagogie eines „christlichen Sozialismus“, und sie arbeitete andererseits mit einer für eine kleinbürgerlich-demokratische Partei bemerkenswerten Präzision die Bedeutung der Oktoberrevolution für den Weg der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland heraus:

„Die Sowjetunion ist der erste Staat, in dem der Sozialismus aus dem Stadium der Theorie in das seiner Verwirklichung eingetreten ist. Alle theoretischen Auseinandersetzungen über den Sozialismus und alle sozialistische Politik ist von nun an nicht mehr denkbar ohne die in der Sowjetunion gemachten Erfahrungen, ohne die Würdigung der Verwirklichung des Sozialismus. — Wenn die demokratischen Kräfte in Deutschland im Interesse des Friedens, im Interesse der nationalen Einheit und im Interesse des Sozialismus diese Konsequenzen ziehen, werden sie in ihrer täglichen Arbeit die Politik der Regierung der DDR unterstützen, die auf die dauernde Freundschaft mit der Sowjetunion, auf die gute Nachbarschaft mit den volksdemokratischen Ländern und auf die Zusammenarbeit mit den Menschen guten Willens in der ganzen Welt gerichtet ist.“¹⁰⁰⁾

Damit waren die politischen und ideologischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Christlich-Demokratische Union im Sommer 1952 die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus anerkennen und den sozialistischen Aufbau selbst unterstützen konnte. In der Teilnahme am Aufbau des Sozialismus verwirklichen heute die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union die prinzipiellen Forderungen, die im Gründungsaufruf vom 26. Juni 1945 niedergelegt worden waren. Auf diese Weise gelangte zum erstenmal in der deutschen Geschichte eine christliche Partei auf eine politische und ideologische Position, von der aus sie nicht länger von den

⁹⁹⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 23. August 1950.

¹⁰⁰⁾ Dokumente der CDU, Berlin 1956, Seite 91, bzw. „Tägliche Rundschau“ vom 8. November 1950.

⁹⁸⁾ Dokumente der CDU, Berlin 1956, Seite 15.

Kräften des Imperialismus mißbraucht werden konnte. Im Gegenteil wurde sie — gestärkt durch die Erfahrungen in einem komplizierten politischen und ideologischen Entwicklungsprozeß und konsequent unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse kämpfend — die organisierende Kraft für die fortschrittlichen Christen bei der Festigung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und damit beim Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Schl u ß b e m e r k u n g

Vor kurzem ist im Dietz Verlag ein Buch von Jindrich Vesely „Prag — Februar 1948“ erschienen. In diesem Buch wird u. a. auch eindrücklich geschildert, wie in der Geschichte unserer tschechischen Bruderpartei, der Tschechoslowakischen Volkspartei, ähnliche Erscheinungen wie in unserer Partei aufgetreten sind. Darin wird bestätigt, was aus der Rede Gerald Göttings vom Juni 1951 am Ende des III. Kapitels der vorliegenden Schrift zitiert wird.